

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich K^o 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährig 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 18. September 1924.

Nr. 220.

Seid demütig und bescheiden!

Der Kardinal Fürstbischof Bertram von Breslau hat, wie in den kirchlichen Blättern rühmend hervorgehoben wird, eine Kundgebung veröffentlicht, die sich mit der Arbeiterfrage befaßt und von der die kirchlichen publizistischen Gerölde behaupten, daß sie auch in der tschechoslowakischen Wärdigung verdient. Wir schließen uns dieser Meinung an, denn die fürstbischöfliche Kundgebung ist geeignet, über das Wesen der Kirche und ihrer Repräsentanten, über ihre Stellung zur sozialen Frage und über die Rolle, welche sie den Arbeitern zu spielen, wertvolle Aufschlüsse zu verbreiten. Wie der Herr Fürstbischof sagt, sind an die diesjährige Fuldaer Bischofskonferenz zahlreiche Klagen aus Kreisen der Arbeiterbevölkerung über Mangel an Berücksichtigung gerechter Anforderungen der Arbeiter durch manche Gruppen von Arbeitgebern eingelangt. Die Bischofskonferenz beschäftigt sich mit diesen Klagen der Arbeiter — es kann sich natürlich nur um kirchliche Arbeitergruppen handeln — und das Ergebnis, das einzige Ergebnis dieser Beratungen ist die fürstbischöfliche Kundgebung, die nichts ist als ein frommes Gesalbader an die Arbeitgeber und an die — Arbeiter! Wenn also kirchliche Arbeitnehmer sich vertrauensvoll an die obersten Hirten der katholischen Christenheit wenden, sie mögen ihnen helfen, das von ihren Arbeitgebern an ihnen verübte Unrecht abzustellen und die Unternehmern zu bewegen, nicht bloß dem goldenen Kalbe zu dienen, sondern auch ihrer, der Schaffer alles Mehrwerts, nicht zu vergessen, was tun daraufhin die Bischöfe? Sie beschwören die Kapitalisten, an die christliche Nächstenliebe zu denken, aber zugleich vernachlässigen sie die klagenführenden Arbeiter, die so tüchtig waren, von den vornehmen frommen Herren Hilfe in ihrer Not und Bedrängnis zu erwarten und denen nichts zuteil wird, als die Mahnung, gläubig, gott ergeben, bescheiden und demütig zu sein.

Natürlich flieht das Herz des Kardinal-Fürstbischofs von Sorge über wegen der „über-großen Not“, doch was empfiehlt er als Mittel zur Abhilfe? „Es ist Pflicht aller Stände, sowohl die Arbeitskräfte zu tunlichst großer Leistung anzuspannen, wie auch in Einfachheit und Sparsamkeit dem derzeitigen Notstande Rechnung zu tragen.“ An wen richtet sich die Mahnung? Den Reichen, den Wohlhabenden kann der Fürstbischof lange predigen, sie werden von ihrem Wohlbehagen, von ihren irdischen Freuden seinen Mahnungen auch nicht das geringste aufopfern. Den Armen, den Arbeitenden dagegen braucht der fromme Herr nicht erst Einfachheit und Genügsamkeit lehren, sie leben sicher auch jetzt schon durchwegs einfach und genügsamer als er, obwohl er doch sozusagen schon durch seinen Beruf zu diesen christlichen Tugenden verpflichtet wäre. Begreift der Herr Fürstbischof nicht, daß es die Arbeiter als bitteren Hohn empfinden müssen, wenn er in einer Zeit der bittersten Not, da der Hunger in den Proletarierfamilien täglicher Gast ist, den Entbehrenden und Sorgengequälten Einfachheit und Genügsamkeit predigt? Es wird nicht einen Bestehenden geben, der nach dieser Mahnung so zerknirscht sein wird, um auch nur auf einen Gang bei seinen Mahlzeiten verzichten, sein Auto und seine Sommervilla zu verkaufen, um in Einfachheit und Genügsamkeit den Erlös im Sinne der christlichen Nächstenliebe zur Ausgleichung der sozialen Gegensätze zu verwenden.

Der Herr Fürstbischof hat auch sonst zur Beseitigung der sozialen Unrechtszustände in seinem frommen Traktat nichts übrig, als erbauliche Lehren für die Arbeiter. Er warnt wohl die Arbeitgeber vor „jeder ungerechten Ausnützung der Notlage der Arbeitnehmer“, aber so lange in der kapitalistischen

Ende des Wiener Streiks.

Ein Provisorium für zwei Monate. — Zehn Prozent Lohnerhöhung.

Wien, 17. September. (Eigenbericht.) Nach zwanzigtägigen Verhandlungen, die am Dienstag vormittags begannen und heute um fünf Uhr früh endeten, kam eine Vereinbarung zwischen den beiden Unterhändlerkomitees zustande. Das Wesentliche dieser Vereinbarung ist folgendes: Für das Gebiet der Wiener Großindustrie, nicht aber für die Provinz und das Wiener Kleingewerbe, wurde eine Erhöhung der Minimallohne um 20 Prozent von 7100 auf 8500 Kronen pro Stunde sowie eine generelle Lohnerhöhung von zehn Prozent vereinbart. Diese Vereinbarung hat zwei Monate zu gelten, während welcher Zeit ein neuer endgültiger Kollektivvertrag vereinbart werden soll. Heute vormittags kam der Bierzeigerausschuß der Metallarbeiter zusammen und beriet vier Stunden lang über das Angebot, das sodann mit allen gegen fünf Stimmen angenommen wurde. Nachmittags um drei Uhr begann die Obmannkonferenz der Betriebsräte, die etwa 1700 Teilnehmer zählte. Während der ganzen Beratung standen vor dem Otafringer Arbeiterheim, wo die Sitzung stattfand, mehrere tausend Metallarbeiter, die auf die Entscheidung warteten. Die Beratungen der Versammlung waren sehr stürmisch. Nachdem die Referenten Wiedenböser und Domes gesprochen hatten, ergrieffen 24 Redner das Wort. Viele sprachen gegen die Annahme und es bedurfte aller Bemühungen der Referenten, und der Mitglieder des Unterhändlerkomitees, um fast die ganze Versammlung zur Ueberzeugung zu bringen, daß alles herausgeholt worden ist, was derzeit möglich ist, und daß eine weitere Verschärfung des Streikes kaum ein besseres Ergebnis zur Folge haben würde. Schließlich wurde mit 1600 gegen 100 Stimmen beschloffen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Morgen früh finden in allen Betrieben Versammlungen statt; mit der Arbeitsaufnahme ist daher morgen oder Freitag zu rechnen.

Heute sind in Wien infolge der gestern erfolgten Ausschaltung der Inneren Stadt aus der Stromlieferung die „Neue Freie Presse“, das „Neue Wiener Tagblatt“, die „Volkszeitung“, das „Extrablatt“ und die „Morgenzeitung“ nicht erschienen. Heute abends wurde bereits mit der Einschaltung des Stromes begonnen, so daß bereits der größere Teil der Inneren Stadt wieder mit Strom versorgt ist. Vollständig die Stromlieferung wiederherzustellen ist aber aus technischen Gründen heute kaum mehr möglich, so daß die Störungen wohl erst morgen vollständig beseitigt sein werden.

Unser Standpunkt zur Sozialversicherungsvorlage.

In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt Genosse Schäfer eine Rede zur Vorlage über die Sozialversicherung, die wir auszugeweiht bereits gestern wiedergegeben haben. Angesichts der Wichtigkeit der Darlegungen unseres Generalredners, der den Standpunkt unserer Partei zur Sozialversicherung ausführlich präziserte, geben wir die Rede in ihren wichtigsten Teilen wie folgt, wieder:

In den letzten Tagen ist wiederholt gesagt worden, daß mit der Einführung der Sozialversicherung ein Werk von außerordentlicher Tragweite geschaffen wurde. Das erkennen wir vollkommen an. Aber

eine ungetrübte Freude sehen wir selbst auf der Seite des Hauses nicht, die die Sozialversicherungsvorlage zu verantworten hat.

Auch wir haben uns das Werk der Sozialversicherung anders vorgestellt, als es jetzt vorliegt

werden soll. Im übrigen ist es bei den sozialpolitischen Gesetzen immer so gewesen, daß nicht die Einsicht und nicht die Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterklasse ausschlaggebend waren, sondern parteipolitische Bedürfnisse eine äußerst große Rolle spielten. Als man in Oesterreich daran ging, ein Pensionsgesetz für die Angestellten zu schaffen, da handelte es sich den politischen Parteien des damaligen Abgeordnetenhauses darum, ein wichtiges und auf die Angestellten Eindruck erweckendes Agitationsmittel zu den Neuwahlen nach dem gleichen Wahlrecht zu erlangen. Die Arbeiterklasse hat seither an Kraft und Einfluß gewonnen, aber darin hat sich nicht das Geringste geändert, daß sich bei jedem neuen sozialpolitischen Gesetz die bürgerlichen Parteien sich von ihren engherzigen parteipolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Von allem Anfang an ist man auch bei uns an das große Werk der Sozialversicherung nicht mit der Absicht herangegangen, alle Erfahrungen aus der Vergangenheit zu berücksichtigen

listischen Gesellschaftsordnung der Profit der oberste Gott ist, werden hundert solcher fürstbischöflicher Kundgebungen den Arbeitern auch nicht eine Krone mehr Lohn schaffern. Die christlichsozial gestimmten Arbeiter, die sich als Gimpel in die kirchlichen Organisationen einfangen lassen, können, ehe sie durch das Mittel der Ueberredung, wie es hier dieser Kirchenfürst anwendet, die geringste Verbesserung ihres Loses, ihres Schicksals, ihrer Arbeitsverhältnisse erreichen, eher glatt verhungern. Die Kirche ist ohnmächtig, ihr irdisches Kammerdasein erträglich zu gestalten, sie bekennet sich unfähig, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu setzen, denn ihre ist die heutige Ausbeutungsordnung eine „gottgewollte“, die eben so wie sie ist, vernünftig und gerecht ist, und an der zu rütteln ihr als ein strafwürdiges Verbrechen erscheint. So bleibt dem Fürstbischof nichts übrig, als die Arbeiter zu Demut und Bescheidenheit, zu „tüchtiger Arbeitsleistung und Vertragstreue“ aufzufordern, sie zu beschwören, keine „übertriebenen und unerfüllbaren Forderungen“ zu stellen, vielleicht werden dann auch die Unternehmer, gerührt durch soviel Ergebenheit und Willigkeit, sich herbeilassen, hier und da einen Brocken von ihren Löhnen den Arbeitern zuzuwenden. Da aber der Herr Fürstbischof einseht, daß er doch

etwas auf die Klagen der Arbeiter antworten muß, warnt er sie eindringlich vor „dem Treiben gewissenloser Heher und Agenten umsturzlustiger Parteien“ und sich „zurückhalten von Gesellschaften, die mit unerfüllbaren Versprechungen wirtschaftlicher Vorteile anlocken, um zugleich den Kampf gegen Christus und seine Kirche zu betreiben“.

Es soll hier nicht unterjucht, wer den „Kampf gegen Christus“ betreibt, ob jene, welche die Ausbeutung schätzen, indem sie den Kampf der Glenden und Gedrückten um eine menschenwürdige Existenz dadurch zu schwächen suchen, daß sie ihnen Demut vor der Peitsche des Unternehmers predigen, oder jene, die die Arbeiterschaft aus Dumpfheit und Glend emporschieben wollen zu Lebensglück und Lebensfreude. Jedenfalls weiß man, daß die Kirche und ihre Diener noch niemals auf Seite der Ausgebeuteten und Entrechteten, der Mächtigen und Beladenen stand, wie es Christus gelehrt haben soll, sondern an der Seite der Mächtigen, der Kupfner der kapitalistischen Unrechtsordnung. Hat nicht erst in den letzten Tagen der Papst eine Rede gehalten, in der er, um den blutigen Mussolini zu retten, der italienischen kirchlichen Volkspartei die Lösung von der Opposition, in der die Volkspartei mit den Sozialisten gegen Mussolini

ligen, denn sonst hätte das Gesetz wahrhaftig anders ausfallen müssen.

Alle Sachverständigen auf dem Gebiete der Krankenversicherung und Sozialversicherung sind darüber einig, daß um so mehr geleistet werden kann, je einheitlicher die Versicherung aufgebaut ist und nichts hat so sehr die Entwicklung der Krankenversicherung durch Jahre unterbunden als die Zersplitterung, die wir in der Krankenversicherungsorganisation im alten Oesterreich gehabt haben.

Im Jahre 1919 wurde ein Anlauf dazu genommen. Sofort hat der Kampf gegen die Weiterführung dieses Gedankens eingesetzt und es ist den Gegnern einer einheitlichen Organisation der Sozialversicherung gelungen, entgegen dem Anfang zum Besseren auf dem Gebiete der Krankenversicherung nunmehr wieder einen ganz gewaltigen Schritt zurückzutun. Einige Redner behaupteten trotzdem, daß schon diese Sozialversicherungsvorlage in der Vereinheitlichung der Krankenversicherung zu weit gehe. Loblieder auf die Genossenschaftskrankenkassen wurden angestimmt. Vertreter der agrarischen Parteien sprachen von einem zwingenden Bedürfnis nach landwirtschaftlichen Krankenkassen. Einer der Herren Vorredner hat die Statistik als die Wissenschaft der Lüge bezeichnet und sich dabei gegen unsere Forderungen gewendet. Bezieht sich denn der Hinweis auf das Wort des Franzosen, daß die Statistik die Wissenschaft der Lüge ist, dann nicht auch auf seine Ziffern? Durch die er beweisen wollte, daß durch die Sozialversicherung eine unerträgliche Belastung für die Landwirtschaft eintreffe? Ein anderer Vorredner hat viel mit Zahlen gearbeitet, um zu beweisen, daß die genossenschaftlichen Krankenkassen ein anderes Schicksal verdient hätten, als jenes, das ihnen schon im Gesetz vom Jahre 1919 bereitet wurde und das ihnen insbesondere in diesem Gesetz wieder bereitet wird. Die Herren werden sich erinnern können, daß wir im sozialpolitischen Ausschuss mit ausreichendem Material und genügendem Beweisgründen dagegen aufzutreten vermochten.

Die Agrarier wieder stellen die Sache so dar, als ob die Landwirtschaftskrankenkassen eine Lebensnotwendigkeit für landwirtschaftliche Arbeiter wären. Diese sind hingegen, gar nicht befragt worden. Soweit sie zur Sozialversicherung und zur Krankenversicherung Stellung genommen haben, stimmen sie mit den Forderungen und Auffassungen, die im allgemeinen von der Arbeiterklasse vertreten werden, überein. Die Einführung der landwirtschaftlichen Krankenkassen bedeutet somit nichts anderes als eine neuerliche Zersplitterung auf dem Gebiete der Krankenversicherung. Da soll nicht etwa eine bessere Berücksichtigung der kranken landwirtschaftlichen Arbeiter erreicht werden, sondern man will, daß diese Gruppe der Arbeiter mit den industriellen Arbeitern so wenig als möglich in Verbindung kommt.

Wo die landwirtschaftlichen Arbeiter ohne Druck und vollständig frei über die Form der Sozialversicherung und über die Organisation der Kranken-

stand, dringend empfiehlt? Und schon in der Enzyklika des Papstes Leo XIII. vom Jahre 1878 wird als Hauptforderung der Kirche der Kampf gegen den Sozialismus erklärt. In dieser Enzyklika heißt es: „Nach der menschlichen Natur sind wohl alle Menschen sich gleich, keineswegs aber nach ihrem Stande, zu dem sie berufen sind. Eine Gleichheit kann es nach dem Willen des Herrn nicht einmal in der Kirche geben, welche aus Priestern und Laien besteht, und nicht einmal zwischen den Engeln und den Heiligen, wie der heilige Glaube lehrt.“ Die Kirche leugnet damit den Menschen das gleiche Lebensrecht und so handelt der Breslauer Fürstbischof im Sinne dieser Enzyklika nur konsequent, wenn er auf die Klagen der Arbeiter über Ausbeuterwillkür Demut und Bescheidenheit empfiehlt. Die Offenheit, mit der er den sozialen Panzerrott und die Unfähigkeit seiner Kirche erklärt, müßte auch den rückständigsten Arbeiter lebend machen. Der Herr Fürstbischof mag predigen und beschwören, er wird es nicht verhindern können, daß die Arbeiterschaft immer mehr zur Erkenntnis kommt, die heute bestehende Klassenherrschaft sei nicht eine „gottgewollte“ und unänderliche, sondern daß deren Beseitigung erfolgen kann und muß, allerdings nur durch einen schweren Klassenkampf, den die Arbeiterklasse, auf sich selbst gestellt, führen muß!

versicherung entscheiden können, werden sie dafür sein, daß diese einheitlich aufgebaut wird.

Im Unterausschuß des sozialpolitischen Ausschusses haben die Bestrebungen gegen die Vereinfachung der Versicherung gesiegt. Die Vereinfachung der von uns stets vertretenen Einheitslappen war schon eine gegebene Sache, ehe noch der Gesetzentwurf ins Haus gekommen ist. Schon bevor wir im sozialpolitischen Ausschuß zur Beratung dieser Vorlage gekommen sind, sind die Gegner der Einheitslappen und der Vereinfachung der Versicherung auf der ganzen Linie Sieger geblieben. Und weshalb? Jene Parteien, die die Aufgabe gehabt hätten, den Gedanken der Vereinfachung rücksichtslos zu vertreten, sind nicht ganz freisprechend von der Schuld, dabei mitgewirkt zu haben. Ob aus Liebe zur Koalition, aus Rücksicht auf einzelne staatliche Bedürfnisse oder auf Parteibedenken will ich nicht weiter untersuchen.

Wenn auf dem Gebiete der Krankenversicherung Großes geleistet wurde und im Laufe von Jahrzehnten da ein Werk von gewaltiger Bedeutung entstanden ist, so vor allem deshalb, weil die Versicherten die völlige Selbstverwaltung gehabt haben, weil in zahlreichen Krankenkassen die Versicherten sich durchzusetzen vermochten. Das soll anders werden.

Von einem Selbstverwaltungsrecht der Versicherten innerhalb der Sozialversicherung ist kaum mehr zu reden.

Der erste Beamte einer Krankenversicherungsanstalt wird ernannt, ohne daß den Krankenkassenmitgliedern auch nur das Vorschlagsrecht bleibt. In Kassen, die größer sind, mit über 2000 und 3000 Mitgliedern, werden neben dem Direktor von der Zentralversicherungsanstalt auch noch der Buchhalter und der Kassier ernannt. Diese Beamten unterstehen eigentlich nur der Zentralversicherungsanstalt. Es wird sicher bei der Ernennung dieser Beamten nicht auf Notwendigkeit und auf die Bedürfnisse der einzelnen Gebiete Rücksicht genommen werden, sondern da werden sich bürokratische Einflüsse durchsetzen. Da werden nicht Personen zu Direktoren ausgesucht werden, die alle Fähigkeiten zur Leitung einer Kasse und zur Erfüllung der damit verbundenen Aufgaben mitbringen, sondern es wird nach anderen Methoden vorgegangen werden. Eine der gefährlichsten und unglücklichsten Einrichtungen wird hier geschaffen.

In Oesterreich entsprach die Sozialversicherungsvorlage vom Jahre 1914 auch nicht den Bedürfnissen der Arbeiter, aber man hat doch nicht gewagt, ihnen Rechte zu nehmen, die sie jahrzehntelang hatten. Das Recht der Selbstverwaltung der Versicherten in den Krankenkassen wurde nicht angefaßt. Bei uns aber ist der Kampf gegen die Selbstverwaltung in den Krankenkassen leider erfolgreich gewesen. Seit jeher bekämpfen die Arbeitgeber den Einfluß der Arbeiter in den Krankenkassen. Wir haben es bei den Wahlen in den Bezirkkrankenkassen häufig genug erlebt, daß die Unternehmer alle Mittel anwenden, um eine Leitung zustande zu bringen, die ihnen entspricht. Die Industriellen berufen sich darauf, daß sie die Hälfte der Beiträge leisten und daß ihnen daher auch ein Einfluß gebühre, der genau so groß wie der der Arbeiter sein soll. Dieser Einwand ist durchaus nicht stichhältig. Denn ist die Versicherung gegen Krankheit, gegen die Folgen des Alters und gegen Invalidität ausschließlich eine Sache der Arbeiter. Man soll daher die Arbeiter allein über deren Einrichtungen und Verwaltung entscheiden lassen und den Arbeitgebern einen Anteil an der Kontrolle einräumen.

Aber die Unternehmer verlangen einen erhöhten Einfluß und sie haben ihn erreicht dadurch, daß dem Überwachungsausschuß, in welchem sie acht Sitze einnehmen, gegen 2 der Versicherten

Hilfe für Georgien!

Die Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands veröffentlicht folgenden Aufruf:

An die Arbeiter aller Länder!

In Georgien wird Blut in Strömen vergossen. Kommunistische Abteilungen und Truppen der Roten Armee stürzten sich auf die georgischen Bauern, Arbeiter und Intellektuellen, die sich gegen die bolschewistischen Unterdrücker erhoben haben. Die angeblichen „Führer des Aufstandes“ werden zu Dutzenden erschossen, Hunderte und Tausende werden als Geiseln in Gefangenschaft genommen. Wer die terroristischen Methoden der Bolschewisten kennt, weiß, daß der georgische Aufstand für sie ein erwünschter Vorwand sein wird, mit allen ihren Gegnern in Georgien blutig abzurechnen, die besten und politisch aktivsten Kräfte des georgischen Volkes zu vernichten, um ihre despotische Herrschaft über ein unterdrücktes Volk noch fester zu begründen. Es besteht die Gefahr, daß Strafexpeditionen nach Georgien entsandt werden, die durch ihre Grausamkeit alle Schrecknisse ähnlicher Expeditionen unter dem Janikus mit hinter sich zurücklassen dürfen.

Die Bolschewisten, die sich aus Revolutionären in legitime Herrscher verwandelt haben, werden sich auf die „staatliche Notwendigkeit“ berufen, sowie auf das Recht der Regierung, sich vor dem Angriff von „Rebellen“ zu verteidigen, die sich gegen die „gesetzliche Gewalt“ erhoben haben. Dieser Rechtfertigungsversuch wird mißlingen.

Den grausamen Unterdrückungsmaßnahmen der Bolschewisten werden offen oder heimlich die russischen Nationalisten und Chawinisten Beifall spenden, die schon jetzt in ihren ausländischen Organen von Befriedigung feststellen, daß die bolschewistische Gewalttätigkeit auf dem Kaukasus das „jahrhundertalte Territorium des russischen Staates wiederhergestellt“ habe.

Aber das russische sozialistische Proletariat, das in der Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker erzogen ist, sowie die Arbeiterklasse und die Demokratie West-

europas, werden sich mit Abscheu von dem Versuch der Bolschewisten, an das Recht zu appellieren, abzuwenden. Ein despotisches Regime, das nach Herrichtung aller Rechte und Freiheiten des russischen Volkes, in dessen Namen im Herbst 1921 gegen den Willen der ungeheuren Mehrheit des georgischen Volkes und in krasser Waffengewalt den demokratisch organisierten georgischen Staat vernichtete; ein Regime, das mit den Mitteln eines unerhörten Terrors die georgischen Volksmassen in Moskovischer Abhängigkeit hielt, ihnen die Möglichkeiten eines legalen politischen und öffentlichen Kampfes für ihre Selbstständigkeit raubte, und sie dadurch selbst zu Verpfändungsgeiseln und Burschen trieb, — ein solches Regime hat sich selbst der Möglichkeit beraubt, sich auf Gesetz und Recht zu berufen. Alle seine Verbrechen, seine Grausamkeiten zu rechtfertigen, sind Lüge und Demagogie, und alle christlichen Sozialisten und Demokraten der ganzen Welt müssen, unabhängig von ihrer allgemeinen Zielsetzung zur Laskit der Zustände und des bewaffneten Kampfes in Sowjetrußland in der gegenwärtigen geschichtlichen Periode, sich entschließen und ohne Schwankungen auf die Seite eines friedlichen Volkes stellen, das durch den verbrecherischen Terror einer selbstherrlichen Diktatur auf die Bahn der Verzweiflung getrieben worden ist.

Als Vertreter der Arbeiterklasse Rußlands fordern wir die sofortige Einstellung der blutigen Mordtaten in Georgien, die im Namen des russischen Volkes gegenüber einem gewalttätig unterdrückten Volk vorgenommen sind.

Im Namen des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, das auch von der Sowjetregierung bei ihren Verhandlungen mit anderen Ländern heuchlerisch anerkannt wird, fordern wir die sofortige Zurückziehung der russischen Truppen aus Georgien, damit die britische Bevölkerung die Möglichkeit erlangt, durch eigene freie Willensäußerung sein künftiges Schicksal zu bestimmen.

Die Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands:

A. A. Abramowitsch. Th. Dom.

eine außergewöhnliche Machtvollkommenheit gegenüber dem Vorstand, eingeräumt wird. — In Versammlungen der Industriellen als auch in Sitzungen der Handelskammern ist mehrfach von Unternehmervertretern erklärt worden, daß unmöglich unter dem gegenwärtigen Zustande die Industrie der Tschechoslowakei eine solche Last auf sich nehmen könne, wie sie mit der Sozialversicherung verbunden ist. Aus den Berechnungen, über die Prof. Dr. Schönbaum im sozialpolitischen Unterausschuß berichtet hat, geht das Geringe hervor. Gena ein halbes Prozent Belastung der Produktion durch die Sozialversicherung kann wahrscheinlich nicht löhrend auf die Industrie wirken. Wenn man trotzdem immer wieder von der allzu großen Belastung spricht, so entspringt das nur dem Bestreben, der Verwirklichung der Sozialversicherung Schwierigkeiten zu bereiten.

Wir wenden uns entschieden gegen jeden Versuch, etwa unter Hinweis auf die angeblichen großen Lasten, die die Volkswirtschaft der Tschechoslowakei auf sich nehmen muß, die Sozial-

versicherung hinauszuziehen und zu verschleppen. Die Sozialversicherungsvorlage, die jetzt beraten wird, ist das

Ergebnis des kleinlichen Interessenkampfes,

der sich innerhalb der Koalitionsparteien abgespielt hat. Es haben jene Recht behalten, die behaupten, daß in dieser wichtigen Frage nicht die Einsicht, sondern nur Parteigoßmus, kleinliche Rücksichten auf Parteibedenken, entscheidend sein werden. Nicht immer annützig waren diese Kaufereien, die da vor sich gegangen sind. Wir haben keine Ursache, angefaßt dieser Vorlage von einem Sieg des Optimismus zu reden. Gesiegt hat bei der Sozialversicherung nicht der Optimismus, gesiegt hat der kleinliche, engherzige Geist, der einzelne bürgerliche Parteien besetzt und von dem sie sich leiten lassen in Augenblicken, wo es gilt, eine Schuld an die Arbeiter abzutragen. Nicht der Optimismus hat gesiegt, sondern die Selbstsucht, die Kurzsichtigkeit gewisser politischer Gruppen und ein Geist, der wahrhaftig nicht ge-

priesen werden kann als ein Geist der sozialpolitischen Weitsicht und Erkenntnis. Die Oberhand haben bei der Beratung über die Sozialversicherung jene Parteien behalten, die mit Unlust an das ganze Werk herangegangen sind und sie haben sich förmlich jedes Zugeständnisses in schweren Kämpfen abringen lassen. Und noch jetzt werden Verschlechterungen versucht. Ursprünglich wollte man gar die Verbände der Krankenkassen befechtigen, obwohl niemand erkennen kann, daß diese Verbände sehr viel zur Fortentwicklung der Krankenversicherung getan haben. Jetzt wird versucht, die Entschädigung darüber, welchem Verbande eine Krankenkassa beitreten soll, dem Unternehmer zu überantworten. Das soll auf die Weise geschehen, daß über den Eintritt einer Krankenkassenversicherungsanstalt nicht der Vorstand der Krankenkassa zu entscheiden hat, sondern der Vorstand und der Ueberwachungsausschuß.

Nachdem wir das Verhältniswahlrecht haben, ist wenigstens für längere Zeit mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß nicht nur Versicherungsvertreter in den Vorstand kommen werden, die von der notwendigen sozialpolitischen Einsicht geleitet handeln werden, sondern auch solche Vertreter, die eine Politik mitmachen werden, wie sie die Unternehmer haben wollen. Dadurch, daß man den Ueberwachungsausschuß mit entscheiden lassen will über den Beitritt einer Krankenkassenversicherungsanstalt, wird die wichtigste Frage dem Willen der Unternehmer aus. Wenn die tschechischen Agrarier diese Forderung aufstellen, so überrascht das uns bei ihrem bisherigen Verhalten gegenüber der Sozialversicherung durchaus nicht. Es ist uns aber unbegreiflich, welche Gründe die Vertreter der deutschen Agrarier leiten, für ein solches Verlangen einzustehen.

Dazu kommen große Verschlechterungen in den Leistungen der Krankenversicherung.

Es soll die ersten drei Tage überhaupt kein Krankengeld gezahlt werden,

in den ersten vierzehn Tagen der Krankheit wird der Sonntag nicht bezahlt, so daß damit schon eine starke Schädigung der Versicherten vorgeht. Die Sachverständigen im Krankenversicherungsausschuß bestreiten, daß dabei irgend welche Ersparungen gemacht werden könnten. Wir bestehen darauf, daß die Krankengelder vom ersten Tage der Krankheit an gezahlt wird.

Daß das wichtigste gesetzgeberische Werk für die Arbeiterklasse dieses Landes so ausgefallen ist, erklärt sich aus dem Zurückweichen jener Partei, die die Aufgabe gehabt hätte, für die grundlegenden Forderungen in Sachen der Sozialversicherung einzutreten. Sie als der Teil der Koalition, der die Vertretung der sozialdemokratisch organisierten tschechischen und slowakischen Arbeiter bildet, der der Anwalt dieser Arbeiter ist, kann wahrhaftig zu dem andern Teil der Koalition wie Griechen zu Faust sagen:

„Ich habe schon so viel für Dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.“

Was in Sachen der Sozialversicherung an Zugeständnissen gemacht wurde, das ist zu viel, als daß wir es begreifen und einsehen könnten. Und wofür?

Welche Gegenleistung werden die Arbeiter dafür erhalten, daß ihre Vertreter in der Koalition die wichtigsten Grundzüge in der Sozialversicherung preisgegeben haben?

Dazu soll die Sozialversicherung für die Arbeiter erst gleichzeitig mit der Sozialversicherung der Selbständigen in Kraft treten. Wir sind immer und jederzeit dafür gewesen, daß auch die Selbständigen gegen die Folgen des Alters

Der sibirische Erpreß.

Roman von Frank Keller.

Copyright by G. Müller, München.

11.

Der Mann in der braunen Sammetjade hatte stehende grüne Fischeugen, den Anschlag zu einer Stupsnase und eine üppige, rote Haarwähne, die in der Sonne flammte. Da er glattrasiert war, saßen zwei bittere Mundwinkel zu ihrem vollen Recht.

Er legte sich auf den Rücken in den Sand und nahm die Zeitung vor, in der der Bestimnt Jakob Nowki täglich von Berufs wegen die Welt durch optimistische Brillen betrachtete. Heute fehlte der Beitrag Herrn Jyofis, aber der Optimismus der Zeitung war darum nicht geringer. Eine Notiz mit gesperrten Lettern erregte offenbar das Interesse des Mannes in der Sammetjade. Sie handelte von einem Narren, der vor drei Tagen durchgegangen war, man wußte nicht woher, in Tansja einen Einbruch verübt und in Poppot peinliche Ausfritte hervorgezogen hatte. Die Zeitung sah dies von der besten und guten Seite an: in einer Zeit der Revollierung war eine solche Unterbrechung ganz danach angehen, anregend zu wirken. Immerhin gab die Zeitung zu, daß man die Sache auch von der ersten Seite sehen könne. Aber selbst von dieser Seite gehen nahm sich alles hell und harmlos aus: die Polizei arbeitete aus allen Kräften, und die Gefangennahme des Narren war nur eine Frage von Stunden, denn er hatte nur einen einzigen Anzug, einen braunen Anzug mit violetten Streifen. Diesen Anzug hatte er gestohlen, er war leicht zu erkennen, und die Beschreibung war überall hin verbreitet. Alles stand zum besten in dem besten der Baderie.

Der Mann in der Sammetjade fuhr zusammen. In seinem rechten Ohr spürte er ein intensives Lachen, vernimmt mit Butterbrotdrost. Er setzte sich auf. Er fand seinen Nachbar in dem schwarzen Trikot die Zeitung über seine Schultern hinweg mitleidend und sich dabei vor Lachen wälzend.

„Darf ich nach dem Anlaß Ihres Besuches und Ihrer Heiterkeit fragen?“ sagte der Mann in der Sammetjade geriezt.

„Dieser Artikel!“ rief sein Nachbar offenherzig. „Ich habe nie etwas so Dummes gelesen. Man sollte ihn kriegen, weil er nur einen Anzug hat! Nein, so etwas habe ich noch nie gehört!“

„So?“ sagte der Mann in der Sammetjade mit herabgezogenen Mundwinkeln. „Ich verstehe nicht, warum das so dumm gedacht sein soll.“

„Er braucht doch nicht in dem Anzug herumzugehen, so viel ich weiß.“

„Er braucht nicht darin herumzugehen? Er kann doch in einem zivilisierten Gemeinwesen nicht nackt herumlaufen.“

„Doch“, sagte der Mann aus der Sandhöhle triumphierend, „das kann er gerade.“

„Ich fürchte, ich verstehe Sie nicht.“

„Er braucht sich ja nur am Strande aufzuhalten, soviel ich weiß!“ rief der Mann aus der Sandhöhle, der vor Heiterkeit fast bersten wollte.

„Wer beachtet einen entkleideten Menschen an einem Badestrand? Daran hat die gute Polizei nicht gedacht. Was hindert ihn, solange es hell ist, nackt herumzulaufen? Es gibt nur eine Art, sich zu maskieren, nämlich sich zu demaskieren!“

„Hm“, sagte der Mann in der Sammetjade. „Solange es hell ist, ja. Aber bei Nacht?“

„Gibt es nicht tausend Schlupfwinkel? Er kann im Walde wohnen! Und wenn er will, wohnt er in —“

Der Mann aus der Sandhöhle unterbrach sich plötzlich und steckte sich ein belegtes Brot in

den Mund, wie um ihn zu verstiegeln. Aber während er das tat, schweigten seine Blicke über die Nachsel zu einem Punkte nicht weit weg, wo sechs verlassene Strandkörbe demütig auf der Nase lagen, ergraut vom Tau vieler Nächte. Der Mann in der Sammetjade sah mit eisernen Fischeugen zuerst auf die Strandkörbe, dann auf seinen Nachbar, dann auf die Sandhöhle, in der die Kleider des Nachbar lagen. Sie waren sorgfältig zusammengepackt, mit dem Futter nach außen. Aber ein Hosenbein quakte indiscret hervor, und dieses Hosenbein war dunkelbraun mit einem violetten Streifen in dem Braun...

Der Mann in der Sammetjade zuckte die Achseln und legte sich auf den Rücken, die Zeitung demonstrativ über das Gesicht breitet. Es ist schwer, seinen Wunsch nach einem ungestörten Privatleben deutlicher zu unterstreichen. Er war gerade im Begriff einzuduseln, als er brutal in die Wirklichkeit zurückgerufen wurde. Die Sonne schien gerade in seine grünen Fischeugen. Sein Nachbar hatte ihm ohne weiteres die Zeitung vom Gesicht gerissen und verschlang die Notizen der letzten Seite mit weit aufgerissenen Munde.

„Mein Herr!“ sagte der Mann in der Sammetjade, vor Empörung zitternd. „Ihr Betragen ist dekart, daß man sich fragt, ob Sie den vollen Gebrauch Ihrer Sinne haben. Wollen Sie noch mehr Auskünfte über den ausgebrochenen Narren haben? Sollte er am Ende ein Verwandter von Ihnen sein?“

„Habe ich Sie aufgeweckt?“ fragte der Mann aus der Sandhöhle ruhig. „Ich bitte Sie vielmals um Entschuldigung. Aber Sie hatten die Zeitung mit dieser Seite nach oben gelegt, und als ich sie las, da fiel mir eine Notiz auf. Haben Sie gesehen, was hier steht?“

„Nein. Hat Ihr ausgebrochener Verwandter sonst noch etwas angestellt?“

Der Mann in der Sammetjade kniff seine Fischeugen zusammen und sagte langsam:

„Sagen Sie mir eine Sache, mein eigentümlicher Freund: wo kommen Sie eigentlich her?“

„Ach, ich bin auf Reisen gewesen“, sagte er hastig, „auf weiten Reisen, vor drei Tagen kam ich heraus, ich meine Heim und ich bin noch nicht so recht im Bilde. Ich finde, die Welt ist so sonderbar. Ich dachte, daß Sie —“

„Daß ich Ihnen sagen würde, was es bedeutet, daß der Dollar auf eihundert steht? Freuen Sie sich! Für jeden Dollar, den Sie haben, bekommen Sie in der Bank eihundert Mark!“

„Eihundert Mark! Für einen Dollar! Das ist unmöglich! Sie hatten mich zum besten! Früher einmal war der Kurs vier Mark.“

„Heute bekommen Sie eihundert Mark, in einer Woche bekommen Sie zweitausend, und in vierzehn Tagen dreitausend. Nichts ist sicherer und wahrer.“

Die Mann aus der Sandhöhle starrte stumm betäubt seinen Nachbar an. Der Sammetmann lächelte verachtungsvoll.

Sie scheinen etwas schwer von Begriffen. Ich werde Ihnen die Sache leichter machen. Sagen sie mir eines: was mußten Sie für Ihre belegten Brote bezahlen?“

„Fünfzig Mark das Stück. Aber ich glaube, das sei eine Frechheit von den Jungen, die sie mir gekauft hatten. Darum bezahlte ich. Ich kann nicht nein sagen, wenn die Leute nur frech genug sind.“

„Das war keine Frechheit. Ein belegtes Brot kostet fünfzig Mark. Und zu sagen, daß ein Brötchen fünfzig Mark kostet und ein Dollar eihundert, ist ein und dasselbe. Wenn Sie ein Döckchen unterhalb des Kurzettels nachschauen, werden Sie eine andere Liste in der Zeitung sehen. Was steht da?“

(Fortsetzung folgt.)

gesichert werden und haben uns im östlichen Oesterreich dafür eingesetzt.

Die Vorarbeit für die Sozialversicherung der Selbständigen geht äußerst langsam vor sich.

Wir müssen, bevor wir das letzte Wort über die Sozialversicherungsvorlage sprechen können, den weiteren Gang der Verhandlung abwarten. Wir haben uns den Tag, an dem die Sozialversicherung beraten wird, anders vorgestellt. Nicht, daß Engherzigkeit und Eifersüchteleien der politischen Parteien untereinander bei der Schaffung einer so großen Sache die Hauptrolle spielen werden. Wir begreifen, daß es unter den obwaltenden Verhältnissen für die sozialistischen Parteien in der Koalition schwer gewesen ist, den Gedanken der Sozialversicherung überhaupt durchzuführen.

Für uns aber ist, wenn das Gesetz beschlossen wird, der Kampf um eine wirklich gute Sozialversicherung nicht zu Ende. Wir haben immer die Anschauung vertreten, daß das, was uns ein Gesetz bietet, ausgenützt werden muß

zu seinem Fortschritt, zu seiner weiteren Entwicklung. Wir werden im Rahmen dieser Sozialversicherung keinen Augenblick daran vergessen, daß es ein sehr schwaches Entgegenkommen gegenüber dem ist, was die Arbeiterklasse zu verlangen hat. Es werden wieder andere Seiten kommen. Heute glauben die bürgerlichen Parteien, ihren Willen durchsetzen zu sollen, und sie haben ihren Willen durchgesetzt. Das wird nicht immer so bleiben. Es werden andere Tage kommen, an denen die Kraft der Arbeiterklasse in der tschechoslowakischen Republik es zustande bringen wird, in der Sozialversicherung jene Grundsätze durchzusetzen, für die wir uns jahrzehntelang mit aller Kraft und Leidenschaft eingesetzt haben. Keine Beendigung des Kampfes um eine gute Sozialversicherung bedeutet für uns die Beschlußfassung über dieses Gesetz. Der Kampf aber wird fortgesetzt werden, bis wir eine Sozialversicherung erreicht haben werden, die aller Kritik stand halten kann und den berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Generaldebatte über die Sozialversicherung.

Prag, den 17. September. In dem angefüllten der Feuerungsdemonstrationen in Prag unter starkem Polizeischutze tagenden Abgeordnetenhause nimmt die Sozialversicherungsdebatte ihren programmatischen Verlauf. In der heutigen Sitzung wurde die Generaldebatte abgebrochen, zu Ende geführt und in den späten Abendstunden das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Den Reigen der Generalredner eröffnete heute der Christlichsoziale Schälzky, der darauf hinwies, daß die Erhöhung der Produktionskosten, die durch die Sozialversicherung bewirkt wird, nicht als unerträglich bezeichnet werden kann, wie dies — wie wir hier bemerken — gestern von deutschnationaler Seite geschah. Den absolut negierenden Standpunkt der Deutschnationalen gegenüber der Sozialversicherung verurteilte auch der deutsche Nationalsozialist Pappel.

Einen neuen Ton trug in die Debatte Genossin Blatny, die als einzige Frau in der Sozialversicherungsdebatte sprach und die Vorlage ausführlich vom Standpunkt der proletarischen Frau erläuterte.

Von tschechischer Seite gab es Reden Kramars und Dubickys. Kramar entwarf seine Verdienste um die Sozialversicherung und Dubicky gab zu verstehen, daß die tschechischen Agrarier von den tschechischen Sozialdemokraten für die Sozialversicherung die Mittel verlangen. Nachstehend der Sitzungsbericht:

Der erste Redner war der deutsche Christlichsoziale Schälzky, der fürchtet, daß die Sozialversicherung in den Dienst der tschechischen Bestrebungen gestellt wird. Wir fordern daneben auch eine ähnliche Fürsorge für die selbständig Erwerbenden und sind dabei der Ansicht, daß nur eine Zwangsversicherung wirksamen wirtschaftlichen Schutz gewähren kann. Selbstverständlich darf die Versicherung nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unterbinden, aber ebenso selbstverständlich ist es, daß für die Versicherung Opfer gebracht werden müssen und eine Erhöhung der Produktionskosten um 0,15 Prozent kann man sicherlich nicht als unerträgliche Belastung bezeichnen.

Der deutsche Nationalsozialist Pappel bedauert, daß sowohl die Mehrheits-, wie die Minderheitsparteien an einem so historischen Werke, wie der Sozialversicherung, heute und gestern eine so geringe Teilnahme zeigen. Dieses Verhalten erfüllt die Sehnsucht vieler Tausender und es sei unbegreiflich, wie sich gestern die Vertreter der Deutschnationalen und der deutschen Bauern so gegen die Vorlage stemmen konnten. Diese Männer sind sich nicht bewußt, welches Gut sie da verurteilen. Es sei klar, daß die Vorlage als Menschenwert kein vollkommenes Werk sein kann. Die Industrie und Wirtschaft wird zwar durch die Einführung der Sozialversicherung eine Mehrbelastung erfahren, aber man sollte uns doch mit Klagen darüber in dem Augenblick verschonen, wo Industrie und Landwirtschaft nach Schutz rufen.

Der tschechischlexikale Curik versuchte die Verdienste der tschechischen Volkspartei an der Gesetzgebung der Vorlage herauszustreichen.

Der tschechische Unabhängige Klein erinnerte daran, daß in den Tagen der Gesetzgebung der Vorlage in Prag der sozialpolitische Kongress tagen werde.

Es spricht sodann der tschechische Gewerkschaftler Sabra.

Der slowakische Volksparteiler Dr. Labah findet die Vorlage für ungenügend. Er meint, diese Sozialversicherung sei keine Versicherung des arbeitenden Volkes, sondern eine Versicherung der fetten Direktorenposition für gewisse Herren der Regierungsparteien. Die Vorlage ist die Frucht des äußersten Zentralismus, der den Einfluß der slowakischen Arbeiterkraft ausschaltet. Sie bedeutet die Unterstellung der slowakischen Arbeiterkraft an das zentralistische Prag. Es sei eine Reklame der Koalition für die künftigen Wahlen, daß die Sozialversicherung gerade jetzt verhandelt werde.

Der tschechische Sozialdemokrat Johannis sagt, daß die Sozialdemokratie die Tage, da das Abgeordnetenhause über eine alte Forderung der Arbeiterkraft verhandelt, für Festtage, ja für historische Tage halte. Die durch die seinerzeitige Sezession der Kommunisten entstandene politische Konstellation habe bewirkt, daß die Regierung den Entwurf der Forderung nicht nur unarbeitete, sondern auch verschleierte. Es wurde nicht auf die allgemeinen Interessen der Versicherten, sondern auf die Interessen der Parteien Rücksicht genommen.

Der tschechische Agrarier Dubicky sagt, daß Dinge sozialer Natur vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Reproduktion gelöst werden müssen. Er erinnert daran, daß im Regierungspro-

gramm nicht nur die Sozialversicherung enthalten sei, und daß die Regierung verpflichtet sei, sich nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion zu richten. So wie solidarisch an der Sozialversicherung gearbeitet wurde, so müssen auch die landwirtschaftlichen Forderungen erfüllt werden.

Abg. Dr. Kramar (Nationaldemokrat) erblickt in dem vollkommenen Ausbau der Sozialversicherung der Selbständigen und Unselbständigen eine Pflicht gegenüber Nation und Staat. Es gibt keine bessere Erziehung, zu dem was wir Staatsgestinnung nennen, als gerade die Sozialversicherung. Redner gesteht, daß er in seinen jungen Jahren Monarchist wurde, als er während seines Aufenthaltes in Paris erkannte, daß die Republik in sozialer Hinsicht weit engherziger war als die deutsche Monarchie.

Abg. Kostka (deutschnationalistische Freiwirtschaftler) erklärt, es sei ein verantwortungsvoller Schritt, die Sozialversicherung durchzuführen in einem Zeitpunkt, da weder unsere Produktionsverhältnisse noch unsere Abnahmeverhältnisse stabilisiert sind, umso mehr, als auch die Preisgestaltung eine steigende Tendenz zeigt. Dadurch, daß die Majoritätsparteien die Vorlage demütig haben, um darin ihre Parteisüppchen zu suchen, wurde die großzügige Tendenz verflüchtigt und mißdeutet.

Die Frauen und die Sozialversicherung.

Genossin Blatny bedauerte daß in der Vorlage, außer im Motivenbericht, nicht viel von Frauenfreundschaft zu finden ist. Die Bestimmungen der einzelnen Paragraphen bleiben den Frauen alles schuldig. Der Ausschluß der Lebensgefährtinnen aus der Versicherungsberechtigung zeigt uns, daß auch innerhalb der Koalition die Weltanschauungen miteinander ringen und wir hätten den tschechischen Genossen in diesem Kampfe ein wenig mehr Mut und Kraft gewünscht. Außer den Verbesserungen des § 5 ist für die Frauen an besonderen Leistungen nichts aufzuweisen. Eine der schwersten Enttäuschungen sind die unheilvollen Bedingungen, an welche die Gewährung einer Witwenrente geknüpft ist.

Dies wird mit zweierlei Maß gemessen. Die Witwe der Staatsangestellten, der Privatangestellten usw. erhält ihre Witwenversorgung. Nur der Arbeiterkraft gegenüber hören die Verbote und Rücksichten der Humanität auf. Den Arbeiterwitwen wird eine Rente nur dann gewährt, sobald sie invalide sind oder werden. So wird der Grundsatz der Arbeitspflicht, das heiligste Gebot der künftigen Gesellschaft entheiligt. Aber nicht genug daran, die Schädlichkeit der §§ 114 und 115 ist tief. Die Frau arbeitet doch in der Ehe nur, weil der Mann zu wenig verdient und eine Zubuße notat. Wenn sie 5000 Kronen im Jahre verdient, kann sie froh sein und von diesen 5000 Kronen soll sie nun als Witwe, solange sie gesund ist, weiterleben. Wird sie nicht samt ihren Kindern körperlich und geistig verkümmern? Und erst wenn sie weniger als 1000 Kronen verdient, wenn sie körperlich und seelisch als Krüppel dasteht, greift der

Staat ein. So wurde eine sozialdemokratisches Werk zur

jesuitischen Augenauswascherei,

damit ein blecheres Alltagswesen angewendet werden kann, damit unserer Industrie nur ja nicht wehe getan wird. Wir vermüssen weiters eine Bestimmung, daß ein Teil der ausgezahlten Prämien beim Austritt aus der Versicherung zurückgezahlt wird, ja die Regierung hat merken lassen, daß sie auch den Privatangestellten diese Vergünstigung zu nehmen gedenke. Diese versicherungsmathematische Ernte wird, wie es sich bei unseren Frauenfreunden von selbst versteht, auf dem Rücken der Frauen angedroschen. Denn die versicherten Frauen büßen, sobald sie heiraten und ihren Beruf aufgeben, alle Vorteile aus ihren langjährigen Zahlungen ein. Dabei wissen wir doch, daß viele Frauen, nur mit Hilfe der zurückgezählten Prämien ihren ehelichen Hausstand gründen konnten. So wird

durch einen ledernen Fiskalismus vielen Frauen die Möglichkeit einer Eheschließung geraubt.

Befunde Bevölkerungspolitik handelt anders und unsere Amerikaner, die nur die Heiligkeit der Ehe und die Verantwortung der freien Liebe predigen, sollten erst recht anders handeln. Aber der fromme Sinn unserer regierenden Patres wird stumm, sobald der heilige Fiskus sein gefräßiges Maul öffnet. Die Grundrente der Frauen wurde auf 150 Kronen herabgesetzt. Die Beweisführung dafür ist auf falscher Voraussetzung aufgebaut. Die Volkswirtschaft kann heute auf die Frauenarbeit nicht mehr verzichten und wenn auch durch die Schwangerschaft die Frau eine Versicherung bedroht, so leistet sie gerade durch die Mutterschaft unschätzbaren, edlen und schweren Dienst. Eine vom sozialen Geiste erfüllte Versicherung müßte die durch dreifache Belastung,

durch Mutterschaft, Haushalt und Berufstätigkeit bedrohte Frau

ganz besonders schützen. Der mangelhafte Schutz der Mutter, den der Entwurf vorsieht, ist mehr noch als soziale Ungerechtigkeit, als ein Verbrechen an der künftigen körperlichen und geistigen Entwicklung der Kinder. Die Verpflichtung zum Mutterschutz durch Staat und Gesellschaft ist nicht zu trennen von vielen entgleisten Schicksalen. Sind nicht in Mählsburg nahezu ein Drittel aller schwer und erstmalig Bestraften Kindesmörderinnen? Wieviel materielle, wieviel seelische Not?

Was für eine Gesellschaftsordnung, die das tiefinnerste Empfinden des Weibes, die Mütterlichkeit, erschlägt?

Wo ist ein Klassenstaat, eine Antwort auf solche Fragen? Wie könnte der Versuch einer solchen Antwort sein. Ein Vorbeugungsmittel sehen wir in der Sozialversicherung. Aber was bietet sie heute den Allerschlechtesten? Wir haben uns angefangen dieser Tatsache die Frage vorgelegt, ob wir für diese Sozialversicherung noch stimmen können. Und da wir nun doch dafür stimmen, so fast lediglich des Namens willen, denn die Vorlage trägt diesen durch die Zerschlagung von Arbeitergenerationen geschützten Namen. (Beifall.)

Sodann wurde die Sitzung nach einem Zwischenwort Winters geschlossen.

Der Interpellation der Genossen Czoch, Taub und Grünzner, betreffend die Regelung der Pensionisten- und Staatsbedienstetenfrage wurde von der Mehrheit die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Prag, am 17. September.

Die Vertreter aller deutschen Staats- und öffentlichen Angestelltenverbände und des deutschen Lehrerbundes hielten heute in Prag eine gemeinsame Beratung ab, in welcher vor allem zur Frage der Dienstsprache und der aus dieser für die deutschen Staatsangestellten ersiehenden nachteiligen Folgen Stellung genommen wurde. Es wurde beschlossen, diese Frage mit den deutschen parlamentarischen Klubs weiter zu beraten.

Außerdem war die durch die fortschreitende Teuerung gesteigerte Notlage der Staatsangestellten und Lehrer Gegenstand der Aussprache. Es wurde hierbei insbesondere dem Bekreunden darüber Ausdruck gegeben, daß die Regierung bei Wiedergeburt der parlamentarischen Verhandlungen ihr wiederholt gegebenes Versprechen bezüglich der Regelung der Bezüge der Staatsangestellten, Lehrer- und Pensionisten nicht eingelöst hat.

Die deutschen Staats- und öffentlichen Angestellten sowie Lehrer erwarten zuversichtlich, daß die Regierung noch in der Herbstsitzung des Parlamentes den von ihnen allgemein erhobenen Forderungen Rechnung tragen und die daraus bezug habenden Gesetzesvorlagen einbringen wird.

Verlöbe des staatlichen Bodennamens gegen das Sprachengesetz. Das Bezirksgericht in Krakau hat mit dem Beschlusse Nr. 1, 324-24/1, das Stadamt in Grottau angewiesen, die nicht datierte Kundmachung des staatlichen Bodennamens, betreffend die Kündigung der Bewirtschaftung des vor der Uebernahme stehenden Grundes der Herrschaft Clam-Gallas, an der Amtsstelle zu veröffentlichen. Da diese Kundmachung lediglich tschechisch ausgearbeitet ist, ver-

langte die Gemeinde Grottau vom Bezirksgerichte die Uebersetzung auch einer deutschen Ausfertigung. Das Bezirksgericht Krakau, Abteilung 1, antwortete unterm 30. August 1924, daß das staatliche Bodennam unter Berufung auf das Sprachengesetz, die Beischließung einer deutschen Ausfertigung der Kündigungskundmachung verweigert, und verwies im übrigen auf die Bestimmungen des § 3 des Sprachengesetzes, mit dem Bemerkten, daß es Sache des Stadammes sei, sich eine Uebersetzung zu beschaffen. Nach § 2, Schlusssatz des Sprachengesetzes vom 29. Jänner 1920, Zlg. Nr. 122, ist in den Bezirken mit einer nationalen Minderheit im Sinne des Absatzes 2 bei den Kundmachungen der staatlichen Gerichte, Behörden und Organe und bei deren äußeren Bezeichnungen auch die Sprache der nationalen Minderheit zu gebrauchen. Unbestritten ist, daß im Gerichtsbezirke Krakau mehr als 20 Prozent tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Zunge wohnen, und daß das staatliche Bodennam eine staatliche Behörde ist. Das staatliche Bodennam ist daher verpflichtet, seine Kundmachungen im Gerichtsbezirke Krakau außer in der tschechischen auch in der deutschen Sprache auszufertigen. Es müssen deutsche Ausfertigungen an den, nicht bloß deutsche Uebersetzungen sein. Wenn nun das Bodennam die deutsche Ausfertigung seiner Kundmachungen verweigert, so macht es sich eines krasse Verstoßes gegen das, einen Bestandteil der Verfassungsurkunde bildende Sprachengesetz und einer Uebersetzung nach § 25 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 19. März 1923, Zlg. Nr. 50, schuldig.

Die Bezirksverwaltungscommissionen in Westböhmen. Im Gebiete der Kreisorganisation Eger, die vier Gerichtsbezirke umfaßt, wurden in drei Bezirken Sozialdemokraten zu Vorsitzenden der neuen Bezirksverwaltungscommissionen ernannt und zwar: In Eger der Genosse Anton Deistler, in Asch der Genosse Emil Jäckel und in Wildstein der Genosse Alfred Schuster. In Asch erhielt die sozialdemokratische Partei von 17 Mandaten 5, in Eger bei der gleichen Zusammenfassung 4 und in Wildstein bei 12 Mitgliedern drei.

Gemeindevahl. Bei der am 14. d. M. in Rehbey (Böhmenwald) stattgefundenen Gemeindevahl erhielt die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei 356 Stimmen und 12 Mandate, die Deutschfreiwirtschaftliche Bauern-, Gewerbe- und Arbeiterpartei 365 Stimmen und 12 Mandate. Bei der Wahl im Jahre 1919 erhielt die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei 519 Stimmen und 16 Mandate, die Christlichsozial Partei 282 Stimmen und 8 Mandate.

Ausland.

Wie in North-Ungarn die politischen Häftlinge behandelt werden.

Der Präsident der ungarischen republikanischen Partei Emerich Beer, der, wie bekannt, vor einiger Zeit aus dem ungarischen Gefängnis flüchten konnte und mittels Flugschiff nach Wien kam, erzählt in dem in Wien erscheinenden Emigrantentblatt „Als Ember“ über seine Haft und Flucht folgendes:

„Meine Zelle befand sich im verfallenen rechten Flügel des Gebäudes, die Heizkörper funktionierten seit zehn Jahren nicht mehr und Wind und Wetter hatten freien Zutritt. Man streifte mich am 7. Jänner hierher. An der eisernen Tür befand sich ein Guckloch, durch welches der Präsident der Staatsanwaltschaft, Kojackemich zu beobachten pflegte. Tagüber war meine Zelle, die in einem schmalen engen Gang mündete, geöffnet. Das war das Staatsgefängnis. Zeit Menschengebilden befand sich hier kein Staatsgefängener.

Aus jeder Ecke lautete der Tod in mannigfacher Gestalt. Reunzehn Menschen wurden in dieser Zelle nach dem Sturz der Kommune uedergemacht. Unter der Führung betrunkenen Offiziers, eines Polizeikonzipisten und eines wütenden Priesters wurde täglich gemordet. Man schmuggelte mir die Auszüge aus dem Grundbuche der Gefängnisanklage zu, in dem in lateinischer Kürze die Opfer des weißen Terrors verzeichnet waren: „Ershossen am 19. August 1919.“ Die Kritik, in der die Anklage unschrieben werden sollte, ist überall unangefüllt. Ob es wahr ist, daß das vergossene Blut zum Himmel schreit? Die Mörder befinden sich heute in angelegenen Positionen der ungarischen Gesellschaft. Sie sind die Stützen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung: der Polizeikonzipist ist zum Polizeihauptmann avanciert, und in die Hände dieser Leute gerieten zwei Briefe von mir, die ich an Michael Karoly und Oskar Jasi geschrieben hatte und in welchen ich mich beklagte, daß unschuldige Menschen ins Gefängnis geworfen werden, während vielfache Raubmörder sich auf freiem Fuße befinden. Obwohl das Gefängnis sich mitten in der Stadt befand, traf ich dennoch täglich Sicherheitsmaßnahmen vor eventueller Ueberfällen, die mir angedroht wurden. Nachts stellte ich den Wächtschiff und den Wächtschiff vor die Türe, so daß die Gegenstände bei Festmung der Türe Geräusche verursachen mußten, die mich aus dem Schlafe weichen. In der eisernen ungeheizten Zelle stand ich Höllenqualen aus. Auf dem rechten Auge erblindete ich und damals reiste in mir der Entschluß, aus der magyarischen Hölle zu flüchten...“

Barmoor gegen Stresemann.

Berlin, 17. September. (Eigenbericht.) Zu dem Dementi der Reichsregierung gegen die Erklärungen Lord Barmoor erklärte dieser dem Korrespondenten des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes, daß am 10. August bei einem Frühstück in seinem Landhaus die deutschen Delegierten, Murray und er eine private Aussprache über den Völkerverbund und über die Bedingungen für Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund hatten. Tatsache sei, daß er mit Stresemann nicht direkt gesprochen habe, weil der deutsche Außenminister nicht gut englisch spreche, und daß der deutsche Botschafter den Dolmetsch habe spielen müssen. Da das Gespräch privater Natur gewesen sei, so wolle er mit Rücksicht auf den Außenminister keine weiteren Diskussionen darüber führen. Der englische Delegierte Murray bestätigte die Ausführungen Barmoor's und erklärte, es habe eine intime Aussprache von etwa einer halben Stunde stattgefunden, in der das gesamte Problem besprochen wurde. Er sei sehr erstaunt, daß Herr Stresemann sich nicht mehr daran erinnere. Im übrigen hätte Lord Barmoor im Anschluß an diese Unterredung noch eine längere Rücksprache mit dem deutschen Botschafter gehabt.

Von amtlich deutscher Seite wird hiezu erwidert, daß keinem der Herren, die am 10. August bei Lord Barmoor waren, von einer Unterhaltung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund etwas bekannt sei. Im Gegenteil hätten die deutschen Delegierten bereits einen Tag später ihrem Erstanten Ausdruck gegeben, daß die Frage von Barmoor nicht berührt worden sei.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst bemerkt hiezu: Es steht also nach wie vor Behauptung gegen Behauptung. Damit dürfte der unangenehme Zwischenfall sicherlich erledigt sein. Lord Barmoor hat bisher verzichtet, auf Einzelheiten der nach seinen Behauptungen stattgefundenen Unterredung einzugehen; er dürfte aber jetzt nicht umhin können, auf die gesellschaftlichen Rücksichten zu verzichten und eine eingehendere Darstellung zu geben.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Dänemark.

Kopenhagen, 17. September. (Sch. P. B.) Gestern wurde der erste Teil der Wahlen in den Landting durchgeführt. Es wurden die Wahlmänner gewählt, die in der kommenden Woche über 28 Mandate der zurücktretenden Hälfte der Landtingmitglieder entscheiden werden. Die Sozialdemokraten erhielten von der Gesamtzahl der Wahlmänner 678 gegen 528 im Jahre 1920, die Radikalen erhielten 171 (171), die Linksliberalen 443 (492), die Konservativen 375 (357) Wahlmänner. Man nimmt an, daß die Sozialdemokraten auf Rechnung der Linksliberalen zwei Mandate erhalten werden. Trotz dieses Gewinnes bleibe die Regierungspartei im Landting in einer Dreiviertelmehrheit.

Eintritt der Kroaten in die serbische Regierung?

Belgrad, 17. September. (Sch. P. B.) Auf Grund des zwischen der Regierung und der kroatischen republikanischen Partei erzielten prinzipiellen Einverständnisses über den Eintritt der Kroaten in das Kabinett Davidović wurden in Belgrad Unterhandlungen über die Rekonstruktion der Regierung aufgenommen. Die Kroaten beanspruchen vier Portefeuilles, und zwar des Ministerium für den Auslande, des Gesetze, für die Agrarreform, für soziale Fürsorge und das Forst- und Bergwerksministerium.

Prager Kurse am 17. September.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1309.50 00	1315.50 00
1 Billion Mark . . .	8.00 25	8.20 25
100 belg. Franken . . .	164.25 00	170.75 00
100 schwed. Kronen . . .	641.00 00	644.50 00
1 Pfund Sterling . . .	151.8 00	153.20 00
100 Lire . . .	148.87 30	150.37 50
1 Dollar . . .	33.9 00	34.25 00
100 franz. Franken . . .	181.25 00	182.75 00
100 Dinar . . .	46.75 00	47.25 00
10.000 ungar. Kronen . . .	4.18 00	4.68 00
100 poln. Zloty . . .	648.50 00	654.50 00
10.000 österr. Kronen . . .	4.70 25	4.90 25

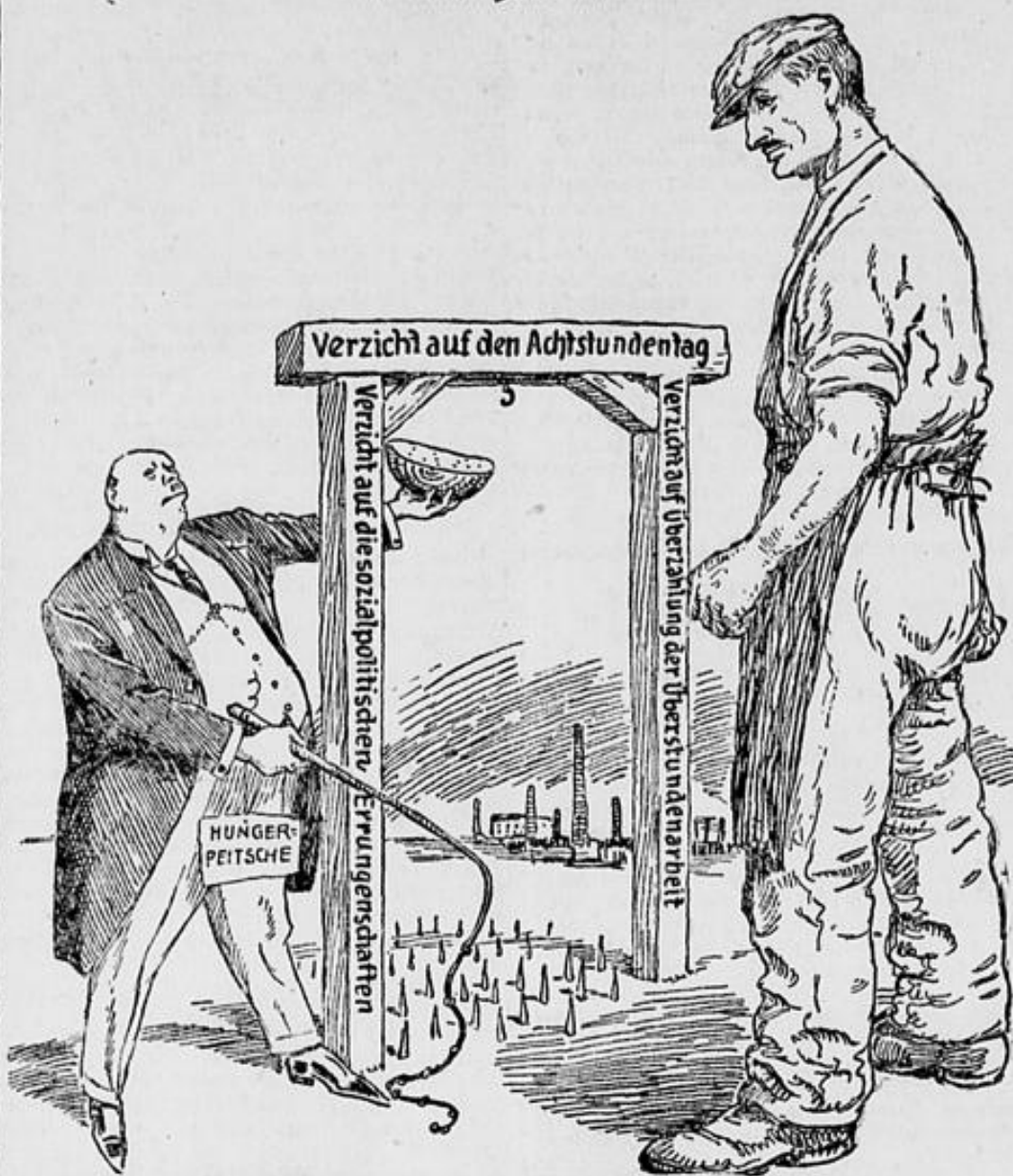
Tages-Neuigkeiten.

Großstädtliches.

Der Streit, ob die Hauptstadt dieses Staates eine Großstadt oder lediglich eine große Stadt sei, ist vom Standpunkt jener Bürger, die nie über die Grenzpfähle dieses Staates hinausgekommen sind, schon längst zugunsten der Rangserhöhung Prag's entschieden worden. Der weltunerschrockene Spieler, der einmal in der Zeit aus Chrudin, Landskron oder Zillein nach Prag kommt, glaubt, eingesponnen in die Vorstellung vom „goldenen Mütterchen Prag“, in dieser Stadt die Krönung alles Fortschrittes zu erblicken und merkt gar nicht, wie sein Fuß über heißes Pflaster stolpert und seine Schuhe und Kleider sich bald mit einer Schicht landstrassenmäßigen Staubes überdecken.

Dem unerfahrenen Hinterwäldler ist diese Rawität zu verzeihen. Nicht aber jenen verantwortlichen Pragern, die doch mit dem Aussehen wirklicher Großstädte schon vertraut sein müssen und die der „Großstadt“ Prag leider nur den tagelangen Gattungsnamen zu verzeihen für notwendig befinden haben. Ob Prag nun wirklich zu einer Großstadt wird, überlassen wir der Entwicklung. Diese Entwicklung sieht nun so aus: Wenn in Prag beispielsweise die Straßenbahnlinien auf dem etwa einen halben Kilo-

Unternehmermilde.



Wenn du unter dieses Joch gehst, können wir darüber reden, ob ich anlässlich der Teuerung den Lohn nur um zehn Prozent herabsetze!

meter langen Graben ausgewechselt werden, so gleicht diese Strafe durch 14 Tage einem Schlingenstrafenstrich. Mächtige Steinberge versperren die Gesteige, große Sand- und Erdbänke bedecken die Fahrwege — tags- und nachtslang. In wirklichen Großstädten ist so eine jedenfalls sehr notwendige Arbeit in zwei Tagen erledigt. Der Verkehr darf ja möglichst wenig leiden. Hunderte werden beschäftigt, damit jeweils in der Nacht die Arbeit bewältigt werden kann. In Prag allerdings sieht die Sache anders: Da werden nur 20 Leute beschäftigt — und wenn diese Leute auch einen ganzen Monat zu der Arbeit benötigen sollten!

Oder: Eine Stromleitung wird repariert. Diese Leitungen verlaufen in Prag unter der Erde, und zwar angeschlossen unter den Gesteigen. Auf diese Weise erfüllen die Gesteige nur selten ihre Bestimmung. Denn sie sind fast das ganze Jahr aufgerissen oder werden wieder hergerichtet. Für die Fußgänger bleibt ja schließlich die Strafe. Daß diese gefährlich ist, geht die Prager Stadtverwaltung nichts an. Und wer gerade auf zwei Schritte nicht sehen kann, weil eben ein Reinigungsapparat den Straßenstaub leichtg ausgewirbelt hat, der kann von Gaid reden, wenn er dabei nicht von einem Auto überfahren wurde oder in ein Loch hineinfiel.

Es würde zu weit führen, wenn man alle „Großstadtmerkmale“ Prags auf einmal aufzählen wollte. Jeder, der nach Prag kommt, kann sich von ihnen alsbald selbst überzeugen. Er wird sich dann nicht wundern, wenn Westeuropäer oder Amerikaner Prag nach dem Osten oder dem Osten Europas adressieren

Von den „Körnern der Arbeit“.

Schweres Grubenunglück in Amerika. 57 Bergleute verschüttet.

New York, 17. September. Auf einer Kohlengrube in Wyoming sind durch eine Explosion 57 Bergleute verschüttet worden. Durch die Gewalt der Explosion ist der Schachtengang zusammengefallen. Hierdurch wurden die Rettungsarbeiten ungemein erschwert. Man befürchtete anfangs, daß alle Verschütteten tot sind. Im Laufe des Nachmittags wurden acht Leichen geborgen. Sie waren derart verbrannt, daß sie nicht erkannt werden konnten. Während der Nacht konnten dann aus der verschütteten Grube im Ganzen zwölf lebende Bergleute befreit werden. Außerdem wurden noch drei Leichen heraufbefördert. Es wurde nunmehr festgestellt, daß entgegen den Gerüchten insgesamt 57 Bergleute verschüttet wurden.

Das Halbenunglück bei Dortmund.

Berlin, 17. September. Auf der Zeche „Schleswig“ bei Dortmund ist, wie wir bereits berichtet haben, beim Verladen der Halbenmatten eine Explosion erfolgt. Wie die Blätter melden, sind von den elf verunglückten Arbeitern fünf getötet worden. Fünf Schwerverletzte befinden sich in Lebensgefahr.

Zum Explosionsunglück in der Lackfabrik Durckmidt in Aulzig.

Aulzig, 14. September. Die Aufräumungsarbeiten nach der sonntägigen Explosion in der Durckmidt'schen Lackfabrik dauern fort. Kleine Praktikanten und junge Mädchen werden dazu herangezogen, müssen eine Arbeit leisten, die weit über das Maß ihrer Kraft hinausgeht. Die Firma setzt also ihre beliebte und für sie bewährte Methode der Ausbeutung und Ausnützung ihrer Leute, die des öfteren schon angeprangert wurde, auch jetzt noch fort. Nicht umsonst wird die Fabrik im Volksmunde von jenen, die die Art der Behandlung ihrer Angestellten kennen, die „Schinderbude“ genannt. Es ist zum Beispiel bekannt, daß die Leute wie Sträflinge nicht mit ihrem vollen Namen genannt werden, sondern einfach mit den Anfangsbuchstaben, zum Beispiel A. S., F. B., Bengin 3, Lad 2 usw. Es hat sich ferner in der ganzen Stadt herumgesprochen, daß die Leute, wenn sie sich für kurze Zeit von ihrem Arbeitsplatz entfernen, um ein Bedürfnis zu verrichten, mit der Uhr in der Hand kontrolliert werden, wie lange sie draußen verweilen, daß sie genau den Zweck ihres Hinausgehens angeben müssen und anderes. Die Schamlosigkeit des Kapitalismus feiert hier ihre Triumphe. Für ihn sind die Arbeiter keine Persönlichkeiten, sondern Nummern. Es wäre von Interesse, zu erfahren, wieviel wirklich fachtechnisch ausgebildete Leute die Firma in ihrer Fabrik, die in die Reihe der gefährlichen Betriebe gehört, beschäftigt. Es ist kein Geheimnis, daß die Firma aus Sorge um ihre Profitrate, die Zwangslage von Arbeitern und Angestellten ausnützt. Ein Beweis dafür ist das zum Himmel schreiende Praktikantenwesen in diesem Betrieb.

Was die kampfhaften Bemühungen der Firma, die ganze Sache so harmlos als möglich darzustellen und jede Schuld von sich abzuwälzen, anbelangt, so wird uns von vertrauenswürdigem Seite folgendes mitgeteilt: Abgesehen davon, daß kleinere Explosionen öfters vorkommen, ereignete sich vor ungefähr einem Jahre der Fall, daß durch das unvorsichtige Umgehen mit höchst feuergefährlichen Stoffen zwei junge Menschenleben auf das höchste gefährdet waren. Ein junges Mädchen mußte Colloidmüllwolle von einem Teil des Betriebes in einen anderen tragen, und zwar geschah dies in Lüten am offenen Feuer vorbei. Die Colloidmüllwolle entzündete sich, das Mädchen erlitt schwere Brandwunden, ebenso ein jüngerer Arbeiter, der dem Mädchen zu Hilfe eilen wollte. Statt, daß solche Fälle die verantwortlichen Faktoren zur Bestimmung gedrückt und sie alle Fortschrittsregeln zur Verhütung derartiger Unglücksfälle getroffen hätten, scheint man weiter in straflicher Sorglosigkeit alle Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen zu haben. Es verläutert hartnäckig, und ist durch alle gegenteiligen Behauptungen der Firma nicht zu unterdrücken, daß die unvorschriftsmäßige Aufbewahrung der Colloidmüllwolle der Grund des Unglücks gewesen sei. Die Colloidmüllwolle soll vorschriftsmäßig zu 35 Prozent angefeuchtet aufbewahrt sein. Nun habe aber die Firma von 35 Kilogramm dieses Stoffes nur

25 Kilogramm vorschriftsmäßig aufbewahrt, während acht Kilogramm trocken lagen. Doch eine solche Menge genügt, um ein noch größeres Unglück zu verursachen, leuchtet jedem ein, der die Eigenschaften dieser Materie kennt. Es wäre hier Pflicht der Behörden, diesen Gerüchten auf den Grund zu gehen und ihre Stichhaltigkeit oder Unstichhaltigkeit im Interesse der Bevölkerung und der Firma unzweideutig klarzulegen.

Von den Häusern der Umgebung ist naturgemäß das Wohnhaus am schwersten betroffen. Den größten Schaden erleidet die Familie Mayke, deren Wohnungseinrichtung vollständig demoliert wurde. Ein Bild der traurigsten Verwüstung bildet auch der größte Teil der Wohnung des Herrn Ingenieur Kap. Herr Schulz war eben im Begriffe sich anzufleiden, als die Explosion geschah. Durch den furchtbaren Luftdruck wurde er aus nächster Nähe der geschlossenen Tür durch diese in das andere Zimmer geschleudert, durchschlag mit seinem Körper die Füllung der Tür und blieb zwischen der Füllung hängen. Der größere Sohn der Familie lag noch zu Bett und wurde durch die Trümmer der Tür bedeckt. Einem Zufall ist es zuzuschreiben, daß das neun Monate alte Söhnchen keinen größeren Schaden nahm. Es war eben aus dem Bettchen genommen und aus dem Zimmer getragen worden, als auch schon das Entschliche geschah und das Kinderbett mit einem dichten Hagel von Scherben der zertrümmerten Fensterscheiben bedeckt wurde. Während Herr Ing. Schulz einen Nervenschuß erlitt, kamen die übrigen Mitglieder der Familie mit leichten Verletzungen und dem Schrecken davon.

Für die Betroffenen ist das Geschehnis eine Katastrophe, für manche Damen der Gesellschaft scheint es — Gott sei Dank! — eine Sensation gewesen zu sein. Wir hören da von der Frau eines Aulziger Industriellen, die im Auto angefahren kam und bat, sich doch die Zerstörung ansehen zu dürfen. Natürlich, so etwas ist doch „furchtbar interessant“. Das fanden auch andere Damen, die sich den Trümmerhaufen ansahen. Wo aber die betroffenen Familien für die kommende Nacht ein Ruheplätzchen in der Wüstenei herannahen, dafür hat sich keine der sensationslüsternen Damen interessiert.

Hoffentlich sieht sich die Behörde veranlaßt, eine klare und genaue Darstellung der Explosionsursache zu veröffentlichen, um den herumwirrenden Gerüchten und Vermutungen nicht weiter Spielraum zu bieten.

Große Teuerungskundgebung der freigewerblichen Angestellten in Prag. Im überfüllten Saale der Produktenbörse fand gestern eine vom „Einheitsverband der Angestellten“ gemeinsam mit der Ortsgruppe Prag des „Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Gewerbe“ veranstaltete Kundgebung gegen die immer mehr um sich greifende Teuerung statt. Pünktlich um sieben Uhr abends eröffnete Genosse Weil die Versammlung und wies einleitend darauf hin, daß der überfüllte Saal der beste Beweis dafür sei, wie drückend sich die Teuerung der Angestellten bereits fühlbar mache. In das Präsidium wurden die Genossen Heller, Janetschek und Köhler gewählt. Sodann hielt Genosse Abgeordneter Klein ein ausführliches Referat über die Teuerung und wies in ihrem Verlaufe drei Wellenzüge nach. Die erste Teuerungswelle kam in den Jahren der Konjunktur, wo die Angestellten innerlich durch Teuerungszulagen, wenn auch verpölet und teilweise entwertet, das nachgezahlt erhielten, was sie schon längst verbraucht hatten. Dann kam die Zeit der Krisen, in der sich schon der Schiffsabbau geltend machte, und in der die Unternehmer rücksichtslos vorgingen. Heute stellt sich noch die große Arbeitslosigkeit zu der ungeheuren Teuerung, der gegenüber die Regierung nun ratlos dastand. Sie unternimmt so gut wie nichts, um irgendwie die harte Zeit zu mildern. Unter braudendem Beifall der Versammlung konstatiert Genosse Klein sodann, daß nur ein Abbau des ungeheuren Militäretats hinreichen würde, um für die Arbeitslosen durchgreifende Maßnahmen zu treffen, und daß auch noch genügend übrig bleiben würde, um die Teuerung wirksam bekämpfen zu können. Hieraus sprach noch Genosse Köhler, für den Zentralverband der Angestellten, dessen Solidaritätskundgebung reichen Beifall der Versammlung erntete, sowie Genosse Sudec, für den Gefühlsausbruch. Die einmütig verlaufene Kundgebung war ein Warnungszeichen dafür, daß die freigewerblichen Angestellten nicht länger gewillt sind, die Teuerung auf Kosten der eigenen so wie so schon unzureichenden Lebenshaltung zu tragen. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung sich bestimmt, sonst werden die freigewerblich organisierten Angestellten den Kampf gegen die Teuerung mit anderen Methoden als mit Versammlungen zu führen gezwungen sein.

Unverantwortliche Sparzwang bei den Staatsbahnen dürfte die Ursache sein, daß die Züge, mit denen die Arbeiter in Massen verkehren müssen, meist so überfüllt sind, daß die Wagen nicht nur voll, sondern auch noch die Stiegen von Menschen „befüllt“ sind. Dadurch entstehen natürlich ungeheure Gefahren. Viele Unfälle, die durch Abrutschen, Einquetschen und Abstürzen entstehen, könnten verhindert werden, wenn diese Arbeiterzüge nicht so überfüllt wären. Es scheint jedoch, daß die Bahnverwaltung die Arbeiter als Passagiere zweiter Qualität anseht, für die nicht gesorgt werden braucht. Gegen eine solche Ansicht müssen wir uns entschieden zur Wehr setzen. Den Arbeitern aber raten wir, falls sich die Verhältnisse nicht bessern sollten, in ganzen Parteien in den Ausstiegsstationen Besuche zu führen. Die Massenbeschwerden werden dann hoffentlich doch einen Erfolg haben.

Teuerungsdemonstration der Prager Kommunisten. Anlässlich der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Prager Stadtvertretung hatten die Kommunisten eine Demonstration veranstaltet um 11 Uhr auf den Alstädter Ring einberufen. Da bei Parlamentsstagnationen in einem Umkreis von fünf Meilen (nach dem Vereinbahren) um das Parlamentsgebäude keine Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden dürfen, waren die Zugänge zum Parlament und natürlich auch zu dem in der Nähe gelegenen Alstädter Ring von Polizei gesperrt. Die Kommunisten — etwa über 2000 Personen — zogen trotzdem auf den Ring und schickten eine Deputation zum Prager Bürgermeister. Dieser Deputation wurde zugesichert, daß die Gemeinde alle Maßnahmen gegen Teuerung und Wohnungsnot ergreifen werde. Die Polizei löste hierauf die Ansammlung vor dem Alstädter Rathaus auf. Hierbei kam es zu Tätlichkeiten und einigen Verhaftungen. Die Sitzung der Stadtvertretung mußte wegen dieser Demonstration für kurze Zeit unterbrochen werden, da die kommunistischen Stadtvorordneten nach einem Zusammenstoß mit den Nationalsozialisten zum Schutze der Demonstrationsversammlung den Saal verließen. Die Anträge gegen die Teuerung wurden sodann — nach Rücksprache der Kommunisten — von der Stadtvertretung einstimmig angenommen. Wie der Volkszeitung berichtet, kam es auch an anderen Stellen der Stadt, so bei der Slovabrücke, zu kleineren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und den sie am Weitermarsch behindernden Polizisten.

Paragraf 144 des St.G. Das Dienstmädchen Wilhelmine Heinge aus Jägerndorf wurde im Vorjahre schwanger. Mit Rücksicht auf ihre soziale Lage und auch aus Furcht, das Kind nicht erhalten zu können, entschloß sich das Mädchen, einen Arzt aufzusuchen, der sie von der Leibesfrucht befreien sollte. Der Doktor verweigerte ihr dies. In ihrer Verzweiflung wandte sich die Arme an die Hebamme Aloisie Kruppa in Osberndorf, die einen Eingriff vornahm, der dem Mädchen fast das Leben gekostet hätte. Beide, das Dienstmädchen und die Hebamme wurden deshalb wegen Fruchtabtreibung angeklagt. Die Heinge wurde zu zwei Monaten bedingt, die Hebamme zu drei Monaten unbedingt verurteilt.

Verhaftungen bei einem Fliegerbegräbnis in Eger. Am Montag dieser Woche wurde die Leiche des vor einigen Tagen aus einer Höhe von 500 Metern abstürzten Militärfliegers Konze am Egerer Bahnhof unter den hiebei üblichen Feierlichkeiten einwaggoniert, um in die Heimat beifriedigt zu werden. Als der Zug vom Automobil in den Waggon getragen wurde, spielte die Militärkapelle das „Ade domob mi“. Da nun einige deutsche Zuschauer es unternahm, hiebei die Kopfbedeckung abzunehmen, wurden sie von der Polizei verhaftet und verhaftet. Im ganzen wurden sechs Personen auf die Polizeiwache gebracht, darunter ein österreichischer Student, der bei Egerer Verwandten zu Besuch weilte. Den Verhafteten wurden durch die Polizeibehörde (!) schwere Bestrafungen in Aussicht gestellt.

Eine Wendung im Hanka-Prozess? Die Nichtigkeitsbeschwerde Hilda Hanikas gegen das Todesurteil des Brünner Schwurgerichtes kommt am Freitag beim Obersten Gerichte in Brünn zur Verhandlung; zugleich wird auch über die Nichtigkeitsbeschwerde der Mutter Charvat verhandelt werden, die 20 Jahre schweren Kerfers erhielt. Wie nun das „Ceke Slovo“ meldet, ist knapp vor der Verhandlung eine sensationelle Wendung eingetreten, indem sich Umstände ergeben haben, welche die Schuld der Hilda Hanika mildern. Eine bisher unbekannt gebliebene Persönlichkeit tritt als wichtiger Zeuge auf.

Ein nach elf Jahren aufgefällter Mord. Im Jahre 1913 wurde bei Mokrout nächst Rokhan der verheiratete Bergarbeiter Alois Filip in bestialischer Weise ermordet; es war ihm die Kehle durchschnitten worden. Der Mörder konnte damals nicht entdeckt werden. Nunmehr — nach elf Jahren — wurde der Landwirt Franz Unger aus Mokrout als der Tat verdächtig von der Gendarmrie verhaftet. Der Landwirt Cerny hat nämlich ausgesagt, sein Nachbar Beseley habe ihm auf dem Totenbette mitgeteilt, daß an der Leiche Filip's ein rotes Tuch am Halse gefunden wurde, das Eigentum Ungers gewesen sei.

Unglückliches Ende eines Segelfluges. Der erste Probeflug des neuen Segelflugges „Banyx“ auf dem Gelände zwischen Strahbrunn und Badofen im Altvatergebirge endete mit einem bedauerlichen Unfall. Das Segelflugzeug, das vom Lehrer Kraus aus Mähr.-Mistadt gesteuert wurde, stürzte plötzlich aus einer Höhe von 40 Meter plötzlich zu Boden. Unter den Trümmern des gänzlich zerstörten Apparates fand man Kraus in schwer verletztem Zustande vor. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verunglückte in das Schönberger Krankenhaus überführt. Die Ursache des Absturzes konnte bisher nicht genau festgestellt werden. In Fachkreisen wird angenommen, daß Kraus plötzlich in ein Zwisch hinein geraten und der Apparat umgekippt ist, bevor er noch Zeit fand, die Steuerung umzustellen.

Unglückliche Flucht aus dem Gefängnis. Im Rönigsberger Gefängnis saßen im Frühjahr d. J. in einer Zelle 9 Sträflinge, unter ihnen auch ein alter Gast. Dieser äußerte sich zu seinen Zellengenossen, die alle noch jugendlichen Alters waren, wie folgt: „Wenn ich noch so jung wäre wie ihr, so säße ich nicht mehr hier bei dieser schwachen Rost.“ Diese Worte eiferten die jungen Häftlinge an und sie beschlossen, gemeinsam aus dem Gefängnis zu entfliehen. Zuerst beschloßigten sie die elektrische Glodenleitung, um vor Störungen sicher zu sein. Dann verfertigten sie aus Fett, das ein Häftling fürs Brot verwendete, eine Kerze, indem sie durch das Fett einen

Spagat als Docht zogen. Ferner rissen sie aus einem eisernen Bett eine Stange los, mit der sie die Mauer manns hoch durchbrachen und dann über den Garten auf die Straße gelangten. Jeder zog im Freien seines Weges. Zwei von den Flüchtlingen reute die Flucht und sie stellten sich noch in derselben Nacht bei der Behörde in Mähr.-Strans. Ein Teil der Flüchtigen wurde dann wieder eingefangen, während die übrigen bis heute noch nicht erwischt werden konnten. Die Hauptschuldigen an der Flucht waren Bujak Raimund Kugel Franz und Slezak Johann. Kugel floh schon früher einmal, wobei er dem Kasseher Gewalt antat. Deswegen hatte er sich vor Gericht auch wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, im übrigen mit den Anderen wegen boshafter Sachbeschädigung und Diebstahl der Sträflingskleider zu verantworten. Es wurden wegen dieser Verbrechen Kugel zu sieben, Bujak und Slezak zu sechs Monaten Kerker unbedingt verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Raubmordversuch? Von der Prager Polizei wurde der 18jährige Albert Schenk aus Anihnie in Mähren festgenommen, der am 24. August einen Prager Chauffeur nach Blichow bei Prag hinausgelockt hat, um ihn dort, wie er jetzt jagt, zu überfallen und zu berauben. Der Wagenlenker fuhr damals zum Glück nicht weiter, da Schenk die Fahrt nicht bezahlen konnte. Schenk hat übrigens im Verein mit einem gewissen Vihan versucht, auch andere Wagenlenker aus Prag hinauszulockern. Schenk wurde unter dem Verdachte des Raubmordversuches dem Landesgericht eingeliefert.

Änderungen im Personenjugverkehrs. Ab 1. Oktober d. J. treten folgende Änderungen im Fahrplan der personenführenden Züge ein: Strecke Lobositz-Reichenberg. Zug 920 (Abfahrt Reichenberg 13.40 Uhr), welcher bisher nur bis D. Gabel verkehrte, verkehrt bis D. Leipa Pers. Bf. Abfahrt Reichenberg 13.55, Ankunft D. Leipa Pers. Bf. 15.05. Zug 920 verkehrt in angeführter Strecke täglich. Zug 941 verkehrt nur ab D. Leipa Stadtbhf. Abfahrt 6.55 Uhr. Zug 913 verkehrt ab Lobositz bis Reichenberg. Abfahrt Lobositz 4.47, Ankunft D. Leipa Pers. Bf. 6.26. Abfahrt 6.34, D. Leipa Stadtbhf. Abfahrt 6.40, Ankunft Reichenberg 8.39.

Das Friedenskomitee des internationalen Verbandes ehemaliger Frontkämpfer (Fidac) nahm eine von italienischer Seite eingebrachte Resolution an, wonach jede nationale Organisation der „Fidac“ eine eigene Untersuchung anstellen sollte, um festzustellen, wie man sich innerhalb der einzelnen Organisationen ehemaliger Frontkämpfer in den vormals feindlichen Ländern hinsichtlich der Friedensfrage stellt. Die Berichte sollen auf der nächsten Konferenz der „Fidac“ vorgelesen werden. Die Resolution wurde mit drei gegen zwei Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen.

Kommission für Schiffsahrtfragen. Die von der im Jahre 1920 in Genoa tagenden internationalen Arbeiterkonferenz eingesetzte paritätische Kommission für Schiffsahrtfragen hielt Dienstag in San Sebastian eine Sitzung ab. Die Kommission setzt sich aus je fünf Vertretern der Reederei und der Seeleute sowie zwei Mitgliedern des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes zusammen. Ferner waren der Präsident des Verwaltungsrates Fontaine und der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, zugegen. Die Kommission hat vor allem ihre Ansicht geäußert über den vom Internationalen Arbeitsamte vorgelegten Entwurf zum ersten Teile des Internationalen Gesetzbuches über die Arbeitsverhältnisse im Schiffsahrtsgewerbe. Ferner wird die Kommission eingeladen werden, dem Internationalen Arbeitsamte diejenigen Fragen zu nennen, die auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden sollen, welche sich ausschließlich mit der Arbeitseinteilung im Schiffsahrtsgewerbe zu befassen haben wird und deren Zusammentritt für das Jahr 1926 im Prinzip bereits vorgehen ist.

Wiedereröffnung der britischen Reichsausstellung im Jahre 1925. Wie wohl noch keine endgültige Entscheidung darüber getroffen wurde, ob die britische Reichsausstellung in Wembley im nächsten Jahre auch geöffnet sein wird, teilt ein Oberbeamter derselben mit, es sei sehr wahrscheinlich, daß dies der Fall sein wird. Der Kommissar für Australien hat die Aktion für die Neueröffnung der Ausstellung damit eingeleitet, daß er seiner Regierung anempfiehlt, dem australischen Pavillon auch für das Jahr 1925 eine Unterstützung zukommen zu lassen. Nach der Rückkehr des Kolonialsekretärs Thomas von seiner Reise nach England wird zu den Vorschlägen der übrigen Kolonien und Dominions Stellung genommen werden.

Der gewalttätige Conradi. In einem mondanen Tanzlokale in Genf wurde in der Dienstag-Nacht Conradi, der in Kaufmann freigesprochene Mörder des russischen Bevollmächtigten Worowski, verhaftet, weil er Tänzerinnen mit geladenem Revolver bedrohte.

Neuer Versuch eines amerikanischen Nordpolfluges? Wie im Weißen Hause in Washington verlautet, dürfte die Ankunft des Zeppelin-Luftschiffes Z. R. III in den Vereinigten Staaten den Plan eines Nordpolfluges durch ein amerikanisches Marineluftschiff wieder aufleben lassen.

Mänberische Turkmener. Nach einer Meldung aus Akhabad unternehmen Turkmener neuerdings Streifzüge gegen die Straße Teheran-Merschhed. Die Telegraphendrähte wurden durchschnitten und mehrere tausend Stück Vieh weggetrieben.

Brasilianische Australische bemächtigen sich Guyana's am oberen Baranaflusse im südlichen Brasilien, wobei sie alle Bundesstruppen töteten oder gefangen nahmen mit Ausnahme des Kommandanten und 14 Soldaten, denen es

gelang, auf argentinisches Gebiet zu entkommen. Flüchtlinge berichten, daß sich der westliche Teil des Staates Barana unter der Herrschaft der Australischen befindet.

Autounglück in Neufundland. Bei einem Autounglück in St. Johns (Neufundland) wurden die vier Insassen des Wagens getötet, darunter zwei Offiziere des in St. Johns ankern den Kreuzers „Constance“. Durch den Sturz des Wagens wurden außerdem zwei ehemalige kanadische Offiziere getötet.

Blitzschlag ins Petroleum. Bei einem durch Blitzschlag entstandenen Brande eines Behälters mit 55.000 Parel Rohöl in Kalifornien wurden vier Soldaten getötet. Der Gesamtschaden wird auf drei Millionen Dollars geschätzt.

Eine Ehescheidungs-epidemie ist in Budapest ausgebrochen. Bisher wurden heuer nicht weniger als 9500 Ehescheidungsprozesse anhängig gemacht. Die meisten Ehescheidungen erfolgen im gegenseitigen Einvernehmen. Es handelt sich hauptsächlich um „Ehegattinnen“ aus den Kreisen der Konjunkturreichen (jetzt schon Armen). Die Sanierungskrise hat diesen Ehen ihre einzige Grundlage, das Geld, entzogen und so geht man schon friedlich auseinander. Die Budapestner Gerichte arbeiten recht fleißig; zehn bis fünfzehn Ehescheidungen werden täglich ausgesprochen. Die Zahl der Scheidungsflagen übertrifft aber die Leistungsfähigkeit der Richter und so wird es noch monatelang dauern, bis dieser Teil der allgemeinen Deflationskrise liquidiert sein wird.

Eine vierzehnjährige Mörderin — aus Liebe. In einem Dorfe bei Marzelle unterhielt ein vierzehnjähriges Mädchen, Madeleine Rossignol, das bei einem Bauern als Magd diente, ein Liebesverhältnis mit dem fünfzehnjährigen Sohne des Tagelöhners Chiron. Das Mädchen — nie war ein Diminutiv besser angebracht — wollte sich verheiraten, stieß jedoch dabei auf den entrüsteten Widerspruch des Vaters Chiron. Madeleine sann auf Rache. Als der Vater ihres Geliebten im Garten ihres Meisters arbeitete, verdeckte sie sich hinter einer Hecke, wo der Unglückliche vorüber mußte, und tötete ihn durch einen Revolver schuß in die Stirn. Sie stellte sich dann mit der Waffe in der Hand der Polizei und erklärte, daß sie ihre Tat „nicht einmal auf dem Schafott“ bereuen könne; ein solchermaßen „menschenfurcht“ Vater verdiene kein anderes Schicksal.

Wetterübersicht vom 17. September. Die allgemeine Wetterlage blieb im Ganzen unverändert. Nord- und Nordwestwinde wurden von einem Gebiet unternormalen Druckes bedeckt. Auf das Binnenland erstreckt sich von Südwesten ein Ausläufer des Agoren-Maximums. Die Kerne der Störungen verließen über dem Norden des atlantischen Ozeans und verloren sich gegen Nordosten in der Richtung auf Mittelindien. Ihre Ausläufer greifen immer mehr auf den Kontinent über. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bewölkt bis vorwiegend trüb, Neigung zu Regenschauern, Temperatur wenig verändert, zeitweise frische Westwinde.

Volkswirtschaft. Der Achtstundentag.

Die „Prager Presse“ meldet am 16. September, daß sich Minister Habrman in einer sozialistischen Prager Wochenschrift über den Achtstundentag geäußert habe. Im Rahmen der Wiedergabe von Erfahrungen über die praktische Auswirkung des Achtstundentages sei festgestellt, daß sich dasselbe in der Tschechoslowakischen Republik eingelebt habe, bisher richtig eingehalten worden und trotz verschiedener Produktionskrisen seiner Offensive begegnet sei. Erst in der letzten Zeit werde die wirtschaftliche Krise in Deutschland als Kulisse herangezogen, hinter der man Bestrebungen nach Abweichungen von diesem wichtigen Gesetz zur Geltung bringen wolle.

Der Behauptung, daß erst in letzterer Zeit versucht wird, Abweichungen zur Geltung zu bringen, und daß sich das Gesetz bei uns schon eingelebt hat und trotz verschiedener Produktionskrisen seiner Offensive begegnet sei, wird von niemandem, der im praktischen Leben steht, beigestimmt werden können. Die Unternehmer der Tschechoslowakischen Republik haben noch nicht getreten des Gesetzes über den Achtstundentag sehr bald die Offensive dagegen ergriffen und sind darin bis heute auch nicht erlahmt. Wir konsequenz und Beharrlichkeit wird diese Offensive fortgesetzt. Ein Zufall ist es wohl, daß am selben Tage, an dem die „Prager Presse“ diesen Bericht brachte, im Parlament die Antwort des Ministers Habrman auf die im Juni von Genossen Hausmann und Schuster eingebrachte Interpellation wegen Verletzung des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit im Baugewerbe verlesen wurde.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß im Baugewerbe der Achtstundentag fast in allen Orten der Republik nur noch auf dem Papier steht. Das scheint auch im Ministerium für soziale Fürsorge nicht unbekannt zu sein. Denn in der Interpellationsbeantwortung heißt es, daß es bei der Abhängigkeit der Bauarbeiten natürlich ist, daß bei schönem Wetter länger als acht Stunden täglich gearbeitet werde. Insbesondere dann, wenn wegen Ungunst der Witterung vorhergegangener Tage die Arbeit durch längere Zeit ruhen mußte. Dasselbe sei auf Bauten üblich, wo größere Betonarbeiten durchzuführen sind, da hier schon mit Rücksicht auf die Sicherheit des Baues fortwährend und ununterbrochen ohne Rücksicht auf

die zur Fertigstellung notwendige Zeit gearbeitet werden müsse. Jeder Fachmann weiß, daß solche Ueberzeit Ausnahmefälle sind. Dies wird auch in der ministeriellen Antwort zugegeben. Es wird gefaßt: „Aber auch diese Arbeiten sind nur vorübergehender Natur, wie noch eine ganze Reihe anderer Bauarbeiten, die nicht auf den anderen Tag verschoben werden können, teils aus Sicherheitsgründen, teils mit Rücksicht darauf, daß die übrigen Arbeiter am nächsten Tag ihre Arbeit fortsetzen können.“ Der Minister kann versichert sein, daß er mit diesem Teil der Antwort die volle Zustimmung aller Bauunternehmer finden wird. Nicht ein Unternehmer hätte bessere Entschuldigungsgründe für die Ueberzeitung des achtstündigen Arbeitstages finden können.

In der Antwort wird weiter angeführt, daß die Gewerbeinspektoren bei den Revisionen im Baugewerbe sorgfältig den Umstand verfolgen, ob nicht bei der Arbeit, die dem Baugewerbe für Arbeiten auf den Bauplätzen auf Grund § 1, Absatz 5, des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit durch Ministerialverordnung vom 11. Jänner 1919, Artikel 1, Zlg. Nr. 11, gegebenen Bewilligung nach welcher zur Grundlage der Arbeitsaufstellung ein Zeitraum von vier Wochen mit der Bedingung genommen werden kann, daß die tatsächliche Arbeitszeit 192 Stunden nicht übersteigen darf, mißbraucht wird. Es wird ohne weiteres zugegeben, daß die Gewerbeinspektorate nichts unerlaubt lassen, die Ausfertigung des besagten Gesetzes durchzuführen. Aber es ist, wie der Minister in der Antwort selbst erklärt, im Baugewerbe nicht leicht, einen solchen Uebelstäter zu fassen. Denn es wird mit den Aufzeichnungen über die geleisteten Arbeitsstunden von den Unternehmern viel getuschelt. So unbillig drückt sich der Minister wohl nicht aus, aber er sagt, nachdem es nicht obligatorisch sei, auf den Bauten Aufzeichnungen zu machen, wieviel Stunden der einzelne Arbeiter in jeder Woche gearbeitet hat, aus den Zahlungsbüchern diese Zahl auch nicht immer ersichtlich ist, kann nur selten die Ungefehltheit festgestellt werden. Außerdem sei weder durch das Gesetz noch durch die zugehörige Ministerialverordnung bestimmt, von welchem Tage der Zeitraum von vier Wochen zu rechnen ist. Der Minister gibt also an, daß es im Baugewerbe den Unternehmern etwas leichtes ist, das Gesetz über den Achtstundentag vor aller Öffentlichkeit und sogar mit Wissen der Aufsichtsbehörde unzähligmal, dauernd und fortgesetzt zu übertreten zu können, ohne dafür gestraft zu werden. Die Mängel des Gesetzes und der Verordnung sind der beste Saug für diese Gesetzesverächter. Es gibt Menschen, welche die soziale Gesetzgebung dieses Staates als Musterbeispiel hinstellen. Auf dem anfangs Oktober l. J. in Prag stattfindenden internationalen Kongress für Sozialpolitik dürften wohl einige dieser Menschen zu treffen sein. Man darf wohl annehmen, daß auf dem Kongress, um das Musterbeispiel nicht in Gefahr zu bringen, offen diese Lücke im Achtstundentagesgesetz eingestanden und verprochen wird, das Privileg der Gesetzesverletzung den Bauunternehmern einzuschränken. Ein Abschnitt der Antwort ist für die Arbeiter des Baugewerbes tief beschämend. Es wird die Tatsache angeführt, daß sehr oft Arbeiter die behördlichen Revisionsorgane nicht nur nicht bei den Bemühungen, die Gesetzesübertretungen festzustellen, unterstützen, sondern durch unwohne Angaben sich noch schützend vor die Unternehmer stellen. Aber selbst, wenn von einem Gewerbeinspektor einmal eine Anzeige erstattet werden kann, so wird dadurch kein Bauunternehmer in Ruhe gelassen. Die Erhebungen dieser Anzeigen lassen in der Regel sehr lange auf sich warten. Erfolgt doch endlich eine Erhebung, so geht der Unternehmer entweder leer aus, oder die Strafe ist so gering, daß sich keiner dieser Gesetzesverächter von Wiederholungen abhalten läßt.

Die Offensive gegen den Achtstundentag ist da und läßt sich dies auch nicht durch Ministerworte abstreiten. In den nächsten Tagen werden in Prag die Baumeister der ganzen Republik zu einer Demonstration zusammenkommen. Die Herren wollen der ganzen Welt ihre Not klagen: werden von der Regierung und Parlament Hilfe heischen. In dieser demokratischen Tagung dürften zweifellos auch Vertreter der Regierung teilnehmen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn bei der Tagung die Herren Baumeister einmal offen ihre Stellung zum Achtstundentag bekennen würden.

Dienstbotenlaverei in Sowjetrußland. Man würde es nicht glauben, wenn die nachstehende Schilderung nicht wörtlich in der Moskauer „Pravda“ (Nr. 193), dem kommunistischen Zentralorgan, abgedruckt wäre. Folgendermaßen wird hier das Dasein der Dienstboten in Sowjetrußland gargezeichnet: „Das Leben der Dienstboten hat sich wenig verändert. Sie werden in der unmenenlichsten Weise ausgebeutet. Die Dienstboten arbeiten 15 bis 17 Stunden ununterbrochen. Das Gehalt beträgt zwei bis fünf Rubel (im Monat). Was die Arbeitskleidung und die Verpflegung betrifft, so werden die Dienstboten, wenn sie auch nur daran denken, von den Arbeitgebern auf die Straße geworfen. Will ein Dienstbote nicht freiwillig gehen und die gesetzlich vorgeschriebene zweiwöchige Frist verbleiben, so wird ihm das Leben zur Hölle gemacht. Die Folge ist dann, daß er selber forst und irgendwo hinter dem Jaun oder auf dem Bahnhof nachtrifft. Wo ist aber der Dienstbotenverband? Was hat er für sie geleistet? Es wurde für die Dienstboten ein Heim gegründet, aber dieses erwarb sich bald den Ruf eines Bordells, in dem es nur einen Derrschner gab: die Geschlechtskrankheit. Jetzt ist dieses Heim geschlossen.“

Der Streik der Erzbergarbeiter in Pannau, Kuttenthan und Walsgrün endete mit einem Erfolg für die Bergarbeiter. Durch die Vermittlung des Revierbergamtes in Bilzen wurde dahin eine Einigung erzielt, daß die Löhne, je nach der Kategorie eine Erhöhung von 4.— bis 1.60 Kronen per Schicht erfuhr. Außerdem wird bei Beginn der Erzförderung der Lohn um eine weitere Krone erhöht. Die durch den Streik verfaulenden Schichten gelten als entschuldigt und bedeuten keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Dieser Erfolg war nur zu erzielen, da die streikende Belegschaft bis zum letzten Mann organisiert war, sich weder durch Drohungen oder durch die verschiedenen Machinationen der Direktion wie der Behörden einschüchtern ließen. Nach dem vierwöchigen Streik geht die Organisation gefestigter hervor, denn dieser Kampf hat bewiesen, daß man ohne Organisation nie dem Unternehmern Trost bieten kann.

Der freiwillige Liebestod der Japanerin.

Manchmal umfängeln sie sich mit den Armen und legen sich nebeneinander auf die Eisenbahnschienen, gerade in dem Augenblick, wenn der Expresszug heranbraust.

Manchmal veranstalten sie ein kleines Ballet für einander, schreiben sehr seltsame Briefe an Eltern und Freunde, mischen etwas Bitteres in den Reiswein, und dann senkt sich die ewige Ruhe über sie.

Manchmal wählen sie eine ältere und höher im Ansehen stehende Methode: der Liebende tötet zuerst die Geliebte mit einem einzigen Schwertstich und durchbohrt sich dann selbst.

Manchmal bindet sich das Liebespaar mit dem Koshi-obi des Mädchens (dem Untergürtel aus Krepptuche) fest aneinander, Gesicht an Gesicht, und in dieser Umarmung stürzen sie sich in einen tiefen Strom oder See.

Mannigfaltig sind die Wege, die zum Meido (Todesweil) führen, wenn sie von jenem Weltteil zur Verzweiflung gebracht sind, über das Scheiterhaufen eine so wunderbare Theorie geschrieben hat.

Ihre eigene Theorie ist viel einfacher.

Nemand liebt das Leben mehr als der Japaner — niemand fürchtet den Tod weniger. Die zukünftige Welt hat keine Särden für ihn. Diese Welt zu verlassen, fällt ihm nur schwer, weil sie ihn eine Welt der Schönheit und des Glücks denkt. Aber das Geheimnis des Abendlandes „Reinheits“, das so lange den Geist des Abendländers bedrückt hat, macht ihm wenig Sorge. Was die jungen Leute betrifft, von denen ich spreche, so haben sie einen seltsam stollen Glauben, vor dem alle Geheimnisse versinken. Sie gehen mit unheimlicher Zuversicht in das Dunkel. Wenn sie zu unglücklich sind, um das Leben länger zu ertragen, so trifft niemand die Verantwortung, nicht einmal die Welt; es ist ihre eigene Schuld — es ist das „Fatum“, das Resultat der Irrtümer in einem früheren Leben. Wenn sie nicht mehr auf Vereinigung in diesem Leben hoffen dürfen, geschieht es wohl, weil sie einem anderen Leben ihren Liebeschwur gebrochen haben oder sonst irgendwie grausam gegeneinander gewesen sind. Aber ebenso glauben sie auch, daß, indem sie gemeinsam in den Tod gehen, sie sich in einer anderen Welt miteinander vereinigt wiederfinden werden.

Ihre Religion lehrt zahllose Seelenwanderungen in Millionen und Millionen Jahren, ehe die Seele die unendliche Vision und die unendliche Erinnerung erreicht und die Seligkeit des Rekan (Nirwana gleich ewiger Glückseligkeit) hinstreift, so wie die weiße Wolke in das Sommerblau. Aber diese unglücklich Lebenden denken gar nicht an Rekan; sie glauben ihr heftiger Wunsch, die Liebesvereinigung, könne durch den Schmerz eines einzigen Todes erreicht werden. Die Vorstellungen aller sind freilich nicht dieselben — wie ihre rührenden Briefe zeigen. Manche sehen in ihren Hoffnungsbildern nur Nochi no no, den künftigen Reinzustand, wo Liebende sich wiederfinden werden in beglückender neuer Jugendfrische, während die Idee vieler, ja vielleicht die der meisten, weit unbestimmter ist — nur ein schattenhaftes gemeinsames Wollen durch nebelhaftes Schwärmen, wie in der zarten wesenlosen Seligkeit der Träume.

Sie bitten immer, zusammen begraben zu werden. Oft wird diese Bitte von den Eltern oder Vormündern verweigert, und dem Volk dünkt das grausam, denn man glaubt, daß diejenigen, die aus Liebesgramm miteinander sterben, keine Ruhe finden, wenn ihnen ein gemeinsames Grab verweigert wird. Aber wird der Bitte willfahrt, dann ist die Begräbniszeremonie ebenso schön wie ergreifend. Aus jedem der zwei Häuser bewegt sich ein Leichenzug, um bei Laternenlicht im Tempelhof zusammenzutreffen. Noch den gebräuchlichen feierlichen Zeremonien hält der Hauptpriester eine Ansprache an die Seelen der Verstorbenen. Erbarmungsvoll spricht er von Rehl und Zähne, gedenkt der Jugend beider Opfer — schön und süchtig wie eine Blume, die blüht und vergeht im ersten Venenzustand. Er gedenkt der Mission — Manoi —, die es ihnen also angetan, er spricht die Warnung des Meisters. Aber manchmal prophezeit er sogar selbst die künftige Wiedervereinigung der Liebenden in einem glücklicheren und höheren Leben und leitet so der Herzensmeinung der Volks Worte, mit einer schlichten Verehrtheit, die seine Zuhörer zu Tränen rührt. Dann vereinigen sich die beiden Prozessionen zu einer, und diese bewegt sich

zum Friedhof, wo das offene Grab schon ihrer harret. Die beiden Särge werden zusammen herabgelassen, so daß sie, auf dem Grunde des Grabes angelangt, Seite an Seite ruhen. Dann entfernt man die Bretter, welche das Grab trennen und die beiden Särge werden zu einem einzigen. Auf die so vereinigten Leiden wird die Erde geschoufelt und über ihre irdische Hülle stellt man einen Sack, auf dem die Geschichte ihres Schicksals, vielleicht auch ein kleines Gedicht, eingemeißelt ist.

Die beklagenswerten Mädchen, die sich ihren Angehörigen zuliebe, wenn diese in die höchste Not geraten, freiwillig einem Leben der Schmach verkaufen, finden in Japan nie (außer vielleicht in jenen offenen Häfen, wo europäische Laster und Brutalität entsetzlich gewirkt haben) zu jener Tiefe der Entwürdigung wie ihre Leidensgenossinnen im Abendland. Ja, bei vielen findet man während der ganzen Dauer ihrer schmachvollen Tätigkeit eine Vereinerung des Benehmens, eine Parteilichkeit der Empfindung und eine natürliche Bescheidenheit, die unter solchen Verhältnissen ebenso unfaßbar wie während ist.

Gestern erst wurde diese stille Strafe durch einen Fall aus ihrer Reihe aufgeföhrt. Als die Dienerin eines Arztes in der Straße Radamachi kurz nach Sonnenaufgang das Wohnzimmer betrat, fand sie darin den jugendlichen Sohn des Hauses auf dem Boden tot angedrückt, ein lebloses Mädchen in seinen Armen. Der Sohn war entsetzt worden, das Mädchen war eine Joto (Freudenmädchen). Gestern abend wurden sie begraben, aber nicht zusammen, denn der Vater war nicht minder ergrünt als betrübt, daß so etwas geschehen konnte.

Sie hieß Kame, war außerordentlich hübsch und sehr sanft. Sie hatte sich um ihrer Mutter und ihrer kleinen Schwester willen verkauft, denn nach dem Tode des Vaters waren sie in große Verdrängnis geraten. Sie zählte damals siebzehn Jahre. Nachdem sie kaum ein Jahr im Hause gewesen, begehrte sie dem jungen Mann. Es war eine leidenschaftliche Liebe auf der ersten Blick — nichts Verhängnisvolleres hätte sie treffen können, denn jede Hoffnung auf ein Ehehindernis war von vornherein ausgeschlossen. Der junge Mann, obgleich noch die Vorrechte eines Sohnes genießend, war zugunsten eines Adopptionssohnes vor geschlicher Lebensführung entsetzt worden. Das unglückliche Paar überferte seine ganze spätkliche Habe um den Preis, sich sehen zu können — das Mädchen verkaufte sogar alle seine Kleider. Dann trafen sie sich zum letzten Mal heimlich in später Nachtstunde im Hause des Arztes, leerten den Todesstrank und legten sich zu ewiger Ruhe.

Ich sah die Begräbnisprozession des Mädchens bei dem gleichen, phosphoreszierenden Scheine der Papierlaternen zur Straß der Tempel hinwollen, geföhrt von einem langen Zuge von Frauen in weißen Kopzen, weißen Gewändern, weißen Gürteln — lautlos wie eine Gespensterversammlung.

So wanken auf den Bildern buddhistischer Träume von der Unterwelt die weißen Schemen, — der ewige Zug der Seelen — durch das Dunkel des Totenlandes.

(Aus Lascadio Scarin: „Lotos“, Verlag Rütten u. Loening, Frankfurt am Main.)

Aus der Partei.

An unsere Parteiorganisationen!

Die von der kommunistischen Partei ins Leben gerufene und geleitete Internationale Arbeiterhilfe geht eben daran, unter neuer Parole eine neue Sammlung für Deutschland und Rußland in die Wege zu leiten und wendet sich hierbei mit Umgehung unserer leitenden Parteiinstanzen auch an unsere Parteiorganisationen und Vertrauensmänner.

Wir halten uns daher verpflichtet, neuerlich darauf aufmerksam zu machen, daß unsere Partei in allen Fällen, in denen Solidaritätsleistungen und Hilfeleistungen für das reichsdeutsche oder russische Proletariat notwendig geworden ist, dank der großen Opferfreudigkeit unserer Parteigenossen selbständige und großzügige Aktionen veranstaltet hat und hierbei der Mitwirkung der Internationalen Arbeiterhilfe nicht bedarf. — Unsere Genossen werden ersucht, ihr Verhalten darnach einzurichten.

ParteiSekretariat Prag.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Heute, den 18. September findet um 8 Uhr abends im Restaurant „Goldenes Kreuz“, Prag II., Refazanka, eine Parteimitgliederversammlung statt, in der Genosse Richard Bernstein, Redakteur des „Vorwärts“ (Berlin), über das Thema „London und der Wiederaufstieg des deutschen Proletariats“ sprechen wird. Die Mitglieder werden aufgefordert, zu diesem interessanten Vortrag recht pünktlich zu erscheinen.

Bezirkskonferenz Falkenau. Sonntag, den 28. September findet, vormittags halb 10 Uhr, im Hotel „Weber“ in Falkenau die ganzjährige Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Berichte. Die politische Lage und unsere nächsten Aufgaben. (Referent Abg. Gen. Pohl.) Neuwahlen. Bildungsarbeit und Allgemeines.

Herausgeber: Dr. Ludwig Uech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riefler. Druck: Deutsche Zeitungs-N.-B. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holla.

Turnen und Sport.

Die Wiener Tagung der Arbeiter-Sportinternationale.

Das Bureau der Luzerner Arbeiter-Sportinternationale hielt in Wien eine Tagung ab, über deren Ergebnisse wir noch berichten werden. Im Anschluß an die Tagung fand eine Versammlung der Wiener Arbeiterturner statt, in der die Vertreter des Internationalen Sportbureaus zu Worte kamen und die Stellung der Luzerner Sportinternationale scharf umzeichneten.

In dieser Versammlung sprach zuerst für die österreichische Sozialdemokratie Gen. Dr. Deutsch, der u. a. ausführte: Manche meinen, die internationale Sportorganisation der Arbeiter wäre nichts Besonderes, weil die Bürgerlichen auch eine internationale Sportorganisation besitzen. Die Arbeiter-Sportorganisation ist aber etwas anderes. In Paris ist strotz Völkerveröhnung Völkerverhaft geföhrt worden durch die Einstellung auf Einzelkämpfe. Wir wollen in Frankfurt Massensport zeigen. Wir haben die große Idee der Völker- und Menschenerbrüderung zu fördern. Die Reaktion bedient sich des Sportes ganz gewaltig, warum soll sich die Arbeiterbewegung nicht des Sportes bedienen? Die Partei wird, dessen kann ich Sie versichern, der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in Österreich das notwendige Verändern und die notwendige Unterstützung entgegenbringen. Wir kennen keine Neutralität. Wir Österreicher können der Internationale versprechen, daß wir ein würdiges Glied auch in der Arbeiter-Sportinternationale sein wollen. Wir wollen in unserer Bewegung beitragen, daß „nie wieder Krieg“ sei.

Genosse Bridoux (Brüssel) sprach über die Entwicklung der Arbeiter-Sportinternationale. Sie umfaßt mehr als zwei Millionen Mitglieder. Die Luzerner Sportinternationale der Arbeiter hatte im Anfang Start zu kämpfen. Erst nach dem Kriege schlossen sich die Bande inniger zusammen. Die letzten Feste in Prag, Leipzig und Genf, zeigten gewaltige Massen der sporttreibenden Arbeiterschaft.

Gen. Gröger, Redakteur der österreichischen „Arbeiter-Turnzeitung“, sprach dann über die Verhältnisse in Deutschland. Er beleuchtete die unverkämpfte Kampfesweise der Kommunisten, die nun versuchen, den Spaltungskreis in die Reihen der Arbeiter-Sportbewegung zu treiben.

Genosse Guillivo (Paris) schilderte die Bewegung in Frankreich, und sprach sich voll des Lobes über die Arbeiten in Österreich auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und des Arbeiterports aus. Das Arbeiter-Strandbad erschien ihm als etwas Besonderes.

Besonders herzlich wurde die Rede de Vlieger (Brüssel) aufgenommen. Als Sekretär des Bureaus der Arbeiter-Sportinternationale bedauert er, daß sich die Genossen soviel mit den Kommunisten beschäftigen. Es ist gar nicht der Rede wert, es gibt nur eine künstlich gemachte rote Sportinternationale. Außerdem

sind bei den Kommunisten Leute, die erst gestern oder vorgestern in sich den Radikalfismus entdeckt haben. Wir wollen uns vor allem mit uns selbst beschäftigen. Zur Frankfurter Internationalen Olympia sind nur jene teilnahmeberechtigt, die Mitglieder der Luzerner Sportinternationale sind. Wir sind keine Bureaokraten, so wie uns vorgeworfen wird, aber wir sind soviel theoretisch, daß wir uns wissenschaftlich mit unseren Problemen auseinandersetzen. Den Sozialismus erreichen wir durch Erziehung. In diesem Sinne rufe ich zu: „Vorwärts und aufwärts!“

Mit der Abfindung der Internationale schloß die so bedeutame Versammlung.

Fußballkriege „Weichheit“ Weiskirchlich gegen E. R. Türmich 3 : 1 (1 : 0) in Türmich. Das zahlreiche erschienene Publikum war Zeuge eines schönen, saften Kampfes, der von der ersten bis zur letzten Minute von beiden Mannschaften mit großer Aufmerksamkeit geführt wurde. Weiskirchlich, nur mit dem kompletten 1a aufwartete. Das Spiel war durchwegs offen und fand das vorzügliche Kombinationspiel und die ruhige Spielweise allgemeinen Beifall. Auf beiden Seiten gute Verteidigungsarbeit. Sehr gut gefallen konnte die Türmicher Stürmerreihe, der ein eigenes System zu Grunde liegt. Daß sie nicht zu Torchören kamen (das einzige Tor war ein Eigentor des linken Halses von Weiskirchlich in der letzten Minute), ist ein Verdienst der sehr sicher arbeitenden Verteidigung und des vorzüglichen Tormannes. — Weiskirchlich erzielte in der 32. Minute das erste Tor durch Halblinks, nachdem vorher Linksaußen eine töffichere Chance neben den Latten landete. In der zweiten Halbzeit verstärktes Tempo. Beide Tormänner haben harte Arbeit zu verrichten. Weiskirchlich erzielte in der 21. Minute durch Linksaußen das zweite Tor. Kurz darauf vergeben Linksaußen und Linksinnen auf kurze Distanz. Weiskirchlich bewirkt einen Elfmeter. Wird vom Tormann gehalten. Türmich drängt, kann sich jedoch nicht durchsetzen. Weiskirchlich erhöht durch Linksaußen die Trefferzahl auf drei. Nach einer Ecke kommt Türmich zum verdienten Ehrentreffer. Gleich darauf Schluß. Ein großes Verdienst an diesem vorzüglichen Beispielspiel hatte der Schiedsrichter Turngenosse Wirgen. Er hatte das Spiel fest in der Hand und leitete sehr sicher und genau. — Dieses Spiel bildete einen würdigen Abschluß des Spiel- und Sportfestes und brachte den E.R. neben den finanziellen auch einen moralischen Erfolg.

E.R. Viktoria Winterberg gegen komb. Soldatensteam Winterberg 6 : 2 (1 : 2). Unglaublich ist es, daß die Viktoria noch fünf Tore nachholen konnte. Dies ist aber auch erklärlich, da bei den Soldaten Jelinek I und Madachel (Kufelshy E.R.) fehlten. Hervorzuheben wäre trotz der hohen Niederlage der Tormann Prochazka. Tore schossen für Viktoria: Britsch 4, Severa 2, für die Soldaten: Jelinek II. 2.

E.C. Sparta gegen O.A.F. Vinohrady 1 : 2 (1 : 1). Gestern trug Sparta ihr Meisterschaftsspiel gegen O.A.F. ohne die disqualifizierten Spieler Horcys und Kolenath aus und konnte O.A.F. keinen großen Widerstand leisten. Spiel scharf, doch in erlaubten Grenzen. —ll.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. C. m. b. H.

Erstbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuere Ges.- und Kleinstmaschinen mit einer Tagelohnleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen, Fernsprecher Nr. 271, Postsparkassa Nr. 127. 603

Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** In allen Konsumvereinen erhältlich.

Rückenmark und Gehirn

werden beim Gehen ständig erschüttert, daher die Kreuz- und Kopfschmerzen bei längeren, anstrengenden Märschen. Diese Erschütterung fast ganz zu vermeiden, das Fersenbein zu entlasten und den Gang elastisch zu machen, ist der Zweck der **BERSON-Gummi-Absätze und Gummi-Sohlen.**

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002

empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!